

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleinrenten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Samstag und Sonntag einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 6. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vollstreckamt: Berlin 27 534 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Kassenstr. 1  
und Beamten, Wallstr. 40; Disconto-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin 1.

Anzeigenpreise:  
Die einseitige Monatsbeilage 10 Pfennig, Restbeilage 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das feinschriftliche Wort 25 Pfennig (außerhalb des feinschriftlichen Wortes, jedes weitere Wort 15 Pfennig). Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschnitt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachts.

Der erste Tag der Konferenz.  
Vorbereitende Juristenbesprechung.

V. Sch. Locarno, 5. Oktober. (Eig. Drahtber.)  
Diesenigen in Deutschland, die erwartet haben, daß Dr. Luthier und Dr. Stresemann auf der Konferenz das übliche Spiel mit der Kriegsschulderklärung fortsetzen würden, dürften über den Verlauf dieser ersten Sitzung schwer enttäuscht sein. Der Reichstanzler und der Reichsaußenminister wußten ganz genau, daß, wenn sie den Befehlen des Grafen Westarp nachkommen würden, die Konferenz von Locarno im Augenblick gesprengt worden wäre. Sie hätten vielleicht damit auf Eindruck bei den „Vaterländischen Verbänden“ rechnen können, aber sie wären sonst überall dem Fluch der Väterlichkeit verfallen gewesen, und der größte Teil des deutschen Volkes hätte sich gegen eine solche systematische Friedenssabotage gerichtet.

Schon am Sonntag beim Empfang der deutschen Presse hatte Stresemann die Zeitungsvertreter aller Richtungen in bewegten Worten ersucht, in Deutschland darauf hinzuwirken, daß der Streit über die verfohlene Kriegsschuldsaktion aufhöre. Wir nehmen übrigens an, daß diese Mahnung sich hauptsächlich auf die Heftungen des Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung“ und die Stellung des „Total-Anzeigers“ bezog.

Wir wissen nicht, ob Stresemann bei seiner Rede schon bekannt war, daß in demselben Augenblick, wo die Führer der deutschen Delegation im Interesse der Außenpolitik um eine Art innerpolitischen Burgfriedens baten, die stärkste Regierungspartei des Reiches nichts Wichtigeres zu tun hatte, als einen Mißtrauensantrag gegen Severing im Preussischen Landtag einzubringen, und damit die Frage der preussischen Regierung in den Vordergrund zu bringen, und daß die Freunde des Herrn Stresemann im Preussischen Landtag eine gute Gelegenheit haben werden, „Mahnungen“ ihres besten Kopfes zu beherzigen.

Ueberhaupt kann sich die deutsche Delegation nur sehr wenig frei bewegen. Banderolde, Briand, Chamberlain und sogar der Vertreter der italienischen Faschistenregierung können sich frei und unbekümmert bewegen, während Luthier und vor allem Stresemann auf Schritt und Tritt von deutschen Geheimpolitikern begleitet sind aus Furcht vor Attentätern.

Als heute mittig die zwei deutschen Minister ihr Auto verlassen und das Gebäude betreten, gefolgt von ihren Schutzengeln, da empfand man ganz besonders drastisch die Weite des Weges, den die deutsche Politik seit Genua zurückgelegt hat. Damals wurde Rathenau von Böttischen ermordet, heute muß Stresemann durch Polizisten vor den Böttischen geschützt werden, weil er das Mitglied einer Rechtsregierung dieselbe Politik macht, wie Birth-Rathenau!

Bei der Begrüßungsansprache, die Chamberlain im Anschluß an den Bürgermeister von Locarno hielt, ist eigentlich nur der eine Satz hervorzuheben, daß die Teilnehmer auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung behandelt werden würden. Damit ist auch das Argument der Deutschnationalen, als würde die moralische Gleichberechtigung durch die Nichtbehandlung der Schuldfrage in Frage gestellt, vollständig widerlegt.

Am Nachmittag traten die Juristen der fünf Delegationen zu einer Besprechung um 1/4 Uhr zusammen. Die Besprechung dauerte bis 1/2 Uhr. Ueber ihr Ergebnis wird Stillschweigen bewahrt. Man weiß lediglich, daß im Laufe der Vormittagsitzung von verschiedenen Seiten einige Anregungen vorbereitet wurden als Abänderungsanträge zu dem Entwurf der Londoner Konferenz. Einzelne Artikel des Paktes, die allseitig ohne Vorbehalte gebilligt wurden, wurden endgültig gutgeheißen. Die Juristen versuchten sich über die Abänderungsanträge zu einigen. Es verlautet, daß zwei bestimmte Fragen dem Rat der „großen Fünf“ vorbehalten bleiben sollen. Das sind die Fragen, die sich auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beziehen, sowie die Probleme der Garantierung der künftigen Schiedsgerichtsverträge.

Die amtliche Darstellung.

Locarno, 5. Oktober. (WTB.) Ueber die Eröffnungssitzung der Konferenz wurde folgendes, gemeinsam vereinbarte Kommuniqué ausgegeben:

Die Konferenz trat heute vormittag 11 Uhr im Justizgebäude in Locarno zusammen.

Der Bürgermeister von Locarno, Rusca, bot den Delegationen den Willkommensgruß der Gemeinde.

Im Namen der übrigen Delegationen antwortete Chamberlain hierauf (mit einer Ansprache, deren Wortlaut bereits gemeldet wurde).

Die einzelnen Delegationen brachten sodann den Geist der

Aufrichtigkeit und des guten Willens zum Ausdruck, in dem sie an die gemeinsamen Arbeiten herangingen.

Es wurde einstimmig beschlossen, von einer Generaldiskussion abzusehen und sofort in eine Erörterung der einzelnen Artikel des von den Rechtsfachverständigen in London ausgearbeiteten Paktentwurfes einzutreten.

Hinsichtlich einiger Artikel, gegen deren Fassung Widerspruch nicht erhoben wurde, konnte sofort Uebereinstimmung festgestellt werden. Andere Artikel gaben zu Ergänzungsanträgen Veranlassung; diese Anträge wurden den Juristen zur eingehenderen Erörterung überwiesen. Schließlich wurden einige weitere Artikel der internen Erörterung der Konferenz vorbehalten.

Chamberlains Eröffnungsworte.

Locarno, 5. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Die von dem englischen Außenminister in der Eröffnungssitzung am Montag gehaltene Rede hat in ihrem wesentlichen Inhalt folgenden Wortlaut: Wir haben keineswegs durch Zufall auf der Suche nach einem Konferenzort, wo wir diese für die Geschichte Europas so wichtigen Erörterungen führen könnten, übereinstimmend unsere Blicke nach der Schweiz gerichtet. Durch ihre Tradition, durch ihre Geschichte ist sie das Land der Befriedung und des Friedens. Es wäre überflüssig, meinerseits an alle die Dienste zu erinnern, die die Schweiz der Menschheit geleistet hat. Diese Dienste werden in der ganzen Welt anerkannt. Wiederum kommt die Schweiz uns zu Hilfe. Von diesem Augenblick an hängt es nur noch von uns ab, uns der Ehre, die uns angetan wurde, der Freundschaft, die uns bekräftigt wurde, würdig zu erweisen.

Dem einstimmigen Wunsche entsprechend habe ich die Verantwortung dafür übernommen, unsere erste Zusammenkunft einzuberufen, da irgend jemand unter uns notwendigweise die Initiative dazu übernehmen mußte. Aber ich wünsche, daß diese Unterhandlungen einen so freien und so wenig formalistischen Charakter wie möglich bewahren. Sobald wir die großen Linien unseres Vorgehens feststellen und unsere Dispositionen für die Zusammenberufung der Zusammenkünfte getroffen haben werden, erlaube ich mir anzudeuten, daß wir auf die Formlichkeit eines Vorleses verzichten und uns auf dem Fuße vollständiger Gleichheit treffen, wobei jeder nach bestem Können zu dem Erfolg unseres gemeinsamen Wertes beiträgt, das den Frieden und die Wohlfahrt Europas anstrebt.

Stresemann leicht erkrankt.

Die für morgen vormittag anberaumte zweite Plenarsitzung der Konferenz mußte vorläufig auf den Nachmittag verschoben werden, infolge einer plötzlichen leichten Erkrankung Dr. Stresemanns. Es handelt sich um eine Magenverstimmung mit leichtem Fieber. Ein Arzt wurde gerufen und ordnete Bettruhe an.

Kommende Konferenzprobleme.

Am Donnerstag werden der polnische Außenminister Strzinski und Benesch in Locarno erwartet. Man glaubt, bis dahin die Frage des Garantiepaktes für die Westgrenzen soweit geklärt zu haben, daß dann die Diskussion in Angriff genommen werden können. Die eigentlichen Schwierigkeiten werden dann beginnen, da Polen und Frankreich darauf bestehen, daß Ost- und Westpakt zusammen abzuschließen sind. Deutschland besteht dagegen auf einer Trennung der beiden Fragenkomplexe und wird dabei von England unterstützt. Ebenso wünscht Polen, daß seine Grenzverhältnisse auf der Konferenz nicht diskutiert werden, doch ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Grenzprobleme zwischen Deutschland und Polen im Laufe der Verhandlungen berührt werden. Es verlautet, daß Polen als äußerste Konzession an Deutschland zugestehen will, daß Deutschland bei dem abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge mit Polen keinen Verzicht auf den Korridor an Deutschland zugestehen will, daß Deutschland bei dem abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge mit Polen keinen Verzicht auf den Korridor ausspricht, im Gegenzug zu dem deutsch-französischen Vertrage, der einen ausdrücklichen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen enthält.

Londoner Pressstimmen.

London, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die bisherigen englischen Pressekommentare zur Konferenz in Locarno kennzeichnen die Lage als eine unübersichtliche. Die gesamte englische Presse, die über die deutsche Erklärung zur Kriegsschuldfrage seinerzeit stillschweigend hinweggegangen war, erörtert nunmehr mit größter Entschiedenheit die englische Stellungnahme zu dieser Frage. Offenbar befürchtet man in den offiziellen Kreisen Londons, daß die deutsche Delegation diese Frage auch vor der Konferenz auf-

rollen wird. Man wünscht deutlich, und zwar unter offiziöser englischer Beeinflussung, einem solchen Schritt, der nach allgemeiner Auffassung die Konferenz sprengen könnte, vorzubeugen. Außer der Kriegsschuldfrage hat der Besuch Tschitscherins, dessen gesamte Politik in London als antibritische Intrige gewertet wird, großes Unbehagen und Befürchtungen erweckt. Man weist auf die peinliche Parallele mit Kapallo hin.

Paris über Tschitscherin.

Paris, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach den hier aus Locarno vorliegenden Meldungen soll in den alliierten Konferenzkreisen der Eindruck der ersten Fühlungsprobe mit der deutschen Delegation sehr günstig gewesen sein. Auch die von Luthier und Stresemann am Sonntag den Vertretern der internationalen Presse gemachten Erklärungen haben in den hiesigen politischen Kreisen eine recht befriedigende Aufnahme gefunden, besonders die beruhigenden Versicherungen, die Stresemann in bezug auf die Anwesenheit des russischen Außenministers Tschitscherin gegeben hat, sind in den hiesigen verständnisvollen Kreisen mit Genugtuung registriert worden. Allerdings mag der „Temps“ dabei nicht ganz Unrecht haben, wenn er der Vermutung Ausdruck gibt, daß Stresemann zu Erklärungen dieser Art durch das neue Ungeheiß der deutschnationalen Presse gezwungen gewesen sei, die dem deutschen Außenminister durch ihre geradezu löcherliche Ausdeutung des russischen Zwischenspiels zum zweitenmal das Konzept verdorben habe. Stresemann, so meint das Blatt, sei in einer sehr unangenehmen Zwangslage gewesen, denn die Kommentare, die Tschitscherins marxistische Erklärungen in einem Teil der deutschen Presse gefunden haben, hätten es ihm unmöglich gemacht, in Locarno die russische Karte auszuspielen, um damit die Alliierten seinen Forderungen geneigt zu machen. Das Manöver sei zu früh und zu brutal eingeleitet worden, um noch irgendeine Aussicht auf Erfolg haben zu können. Die in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer deutsch-russischen Militäralianz oder gar einem Bündnisvertrage zwischen Deutschland, Rußland, Polen und Italien seien zu phantastisch, um nur diskutiert werden zu können. Der Besuch Tschitscherins in Berlin hätte der deutschen Delegation für die Verhandlungen in Locarno ein sehr beachtenswertes Druckmittel in die Hand geben können, wenn nicht die Maßlosigkeit des russischen Volkskommissars und eines Teils der deutschen Presse Herrn Stresemann diese Waffe vorzeitig aus der Hand geschlagen haben würde.

Der neueste Kurs.

Die Selbstzerfleischung der Kommunisten.

Die Differenzen in der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale haben eine Scharfe angenommen, wie kaum jemals in der Geschichte der kommunistischen Partei. Man kämpft gegeneinander in öffentlichen Zeitungsartikeln und in Broschüren. Soweit sachliche Differenzpunkte erkennbar sind, handelt es sich um einen Streit über die Frage: wie konkurrieren wir am besten die deutsche Sozialdemokratie nieder, wie beweisen wir am besten den deutschen Arbeitern die Existenzberechtigung einer kommunistischen Partei? Unter dem Gesichtspunkt der russischen Exekutive der kommunistischen Internationale ist die Frage eines erfolgreichen Kampfes der kommunistischen Partei gegen die deutsche Sozialdemokratie nur eine Frage kluger kommunistischer Führung. Sie sehen — vollständig unmarristisch — in den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern nur ein unselbständiges und willfähiges Objekt für kommunistische Demagogie. Sie wiegen sich in der Illusion, daß gerissene kommunistische Führung und Taktik das Gros der Arbeiterschaft in das Lager der kommunistischen Partei führen können. Sie verwechseln das Streben in der deutschen Arbeiterschaft, die Dinge in Rußland objektiv zu sehen, mit politischer Sympathie für die kommunistische Internationale, das Interesse für die Geschichte des russischen Volkes und parteipolitische Orientierung zum Kommunismus hin.

Von solchen Illusionen ausgehend wundern sie sich, daß die deutsche Sozialdemokratie noch lebt und beschuldigen die Führung der deutschen kommunistischen Partei, daß es ihre Schuld sei. Nun hat es der bisherigen Führung der deutschen kommunistischen Partei sicher nicht an gutem Willen gefehlt, den Anforderungen der Moskauer Exekutive zu entsprechen. Aber die kommunistische Partei befindet sich in Deutschland nicht im luftleeren Raum, und die deutschen Arbeiter sind keine Schafherde und keine willenlosen Objekte für die angewandte Psychologie der Bolschewisten. Die Parteiverhältnisse in Deutschland, die Kampfbedingungen für die Arbeiterschaft und

die Konstruktionsmöglichkeiten in Politik und Wirtschaft in Deutschland sind nicht in Einklang zu bringen mit den Bildern, die man sich in Moskau davon macht. Das ist die Mauer, an der bisher jede kommunistische Führung in Deutschland sich den Kopf eingeklopft hat. Man hat versucht, die Sozialdemokratie mit der Politik der offenen Briefe und der Entlassungsstrategie zu spalten und zu zerstückeln. Diese Politik, durch zwei Jahre hindurch fortgesetzt, hat mit der sogenannten Oktoberniederlage der kommunistischen Partei geendet. Danach bemühte sich die Linke der kommunistischen Partei — Maslow und Ruth Fischer — mit Zustimmung der Exekutive der Führung der deutschen kommunistischen Partei. Der Unterschied ihrer neuen linken Taktik gegenüber der Entlassungsstrategie bestand darin, daß sie das Hauptgewicht auf den engen ideologischen festemäßigen Zusammenschluß der kommunistischen Partei legten. Sie glaubten, durch den hermetischen Abschluß von den sozialdemokratischen Arbeitern und der sachlichen Politik der Sozialdemokratie am erfolgreichsten die Existenz einer kommunistischen Partei in Deutschland gegenüber der Anziehungskraft der Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft behaupten zu können. Unausgesprochen, und vielleicht bei den Führern unbewußt, lag dieser linken Taktik das Gefühl zugrunde, daß die Existenzberechtigung einer kommunistischen Partei beweisbedürftig und bedroht sei. Diese neue linke Taktik hat zu einem Mißerfolg geführt, der hinter der sogenannten Oktoberniederlage nicht zurückbleibt.

Aber wie nach dem Oktober 1923 sieht die Exekutive in Moskau in diesem Mißerfolg nicht die Auswirkung der objektiven Bedingungen in Deutschland, die sie vollständig verkannt hat. Würde sie es tun, so würde solche Einsicht einer Kapitulation gleich kommen und den Anfang vom Ende nicht nur der kommunistischen Partei in Deutschland, sondern auch der kommunistischen Internationale bedeuten.

Sie sieht im Mißerfolg deshalb die Folge der Unfähigkeit der kommunistischen Führer. Sie befiehlt einen neuen Kurs. Sie möchte eine neue Offensive eröffnen, zwar nicht gegen die politische und wirtschaftlich reaktionären Kräfte in Deutschland, aber gegen die deutsche Sozialdemokratie. In Wahrheit handelt es sich bei dem neuen Kurs um die Rückkehr zur Taktik der Feilenbildung, der Offenen Briefe, zur Entlassungsstrategie. Die Parole heißt „Heran an die sozialdemokratischen Arbeiter!“ Diesem Zwecke soll die radikale Umstellung der kommunistischen Organisation vom System der Wohnbezirksorganisation auf das System der Betriebszellenorganisation dienen. Aber wenn das System der kommunistischen Betriebszellen aufgezogen sein wird, so müssen diese Betriebszellen den sozialdemokratischen Arbeitern schließlich etwas vorzulegen und müssen ihnen erzählen, wie sie in ihrem Interesse politisch handeln wollen. Die Exekutive, die den neuen Kurs befiehlt, bezeichnet als Hauptinhalt der kommunistischen Agitation die Antikämpfung an den Alltag. Was damit gemeint ist, geht aus einer Rede von Sinowjew in Moskau hervor. Dort heißt es:

„Wodurch gewinnt die Sozialdemokratie? Nehmen Sie die Steuergeschichte. Die Sozialdemokratie hat es besser, früher und konkreter gemacht als wir, sie hat mit dem Alltag gerechnet. Dadurch gewinnt sie. Wir haben das jetzt nachgeholt. Die letzten Kampagnen, die wir hatten, sind Alltags, typischer Alltags. Die Sozialdemokratie gewinnt, da sie versteht, diesem Alltag Ausdruck zu geben.“

Nun ist freilich zwischen dem Eingehen der Sozialdemokratie auf den Alltag und dem, was Sinowjew den deutschen Kommunisten beibringen möchte, ein weiter Unterschied. Das christliche Streben sozialdemokratischer Alltagsarbeit in Politik und Gewerkschaften ist es, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten und Erfolge im Interesse der Arbeiterschaft zu erzielen, die die Kommunisten als „reformistisch“ beschimpfen. Sinowjew will, daß die Kommunisten in den Betrieben sich stellen sollen, als ob sie an der sachlichen und zweckmäßigen Arbeit der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre teilnehmen wollten, aber nur, um aus dieser

Haltung agitatorische Parolen gegen die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der neue Kurs läuft deshalb im Grunde auf das alte Doppelspiel hinaus: der Sozialdemokratie die Verantwortung für die Tagesarbeit zuzuschreiben, um sie dann zu beschimpfen, daß mit der Tagesarbeit nicht zugleich auf einmal alle Widerstände der kapitalistischen Welt gebrochen werden können.

Aber diese überdemagogische Spießfindigkeit begreift wohl die russische Exekutive der Internationale in Moskau, aber nicht ein einfacher kommunistischer Arbeiter. Der fragt sich, wenn er die Worte Sinowjews über die Fähigkeit der Sozialdemokratie liest: warum müssen wir eine eigene kommunistische Partei trotz aller Mißerfolge mühselig immer wieder aufzuwickeln versuchen, wenn doch die Sozialdemokratie nach dem Urteil Sinowjews die Arbeit für die Arbeiterschaft besser versteht als wir.

Das ist der große Bruch zwischen der demagogischen Politik, die die Exekutive führen will, und dem Verständnis der deutschen kommunistischen Arbeiter. Die Masse der Kommunisten in Deutschland hat deshalb der Linken zugejubelt, weil sie in ihrer Politik der Abschleifung von den sozialdemokratischen Arbeitern eine verständliche und ehrliche Politik erblickte nach den dummschläuen Methoden der Entlassungsstrategie. Die kommunistischen Arbeiter empfinden, daß in dieser Strategie, die jetzt als neuer Kurs wieder empfohlen wird, etwas nicht stimmt. Sie fragen sich: wir sollen die Sozialdemokratie niederkonkurrieren, aber wir sollen zugleich von ihr lernen, wie wir zu arbeiten haben. Warum, um alles in der Welt, wenn die Sozialdemokraten es besser verstehen wie wir, warum dürfen wir dann nicht selbst Sozialdemokraten sein?

So befindet sich jede kommunistische Führung in Deutschland in einem bössartigen Dilemma. Entweder bringt sie auf Befehl der Exekutive die kommunistischen Arbeiter und Funktionäre an die sozialdemokratischen Massen heran mit dem Erfolg, daß sie sich selbst in der praktischen Arbeit davon überzeugen, daß die kommunistische Partei keine Existenzberechtigung hat. Oder sie schließt die Kommunisten durch eine reine Agitationspolitik von den sozialdemokratischen Arbeitern ab, dann wird die Partei am Ende zur bedeutungslosen Sekte. Aus diesem Dilemma ist kein Ausweg für die Kommunisten, da eben die Sozialdemokratie die politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterschaft unter den in Deutschland gegebenen Bedingungen vertritt, daß neben ihr keine andere Arbeiterpartei Existenzberechtigung hat.

Jede kommunistische Führung in Deutschland empfindet deshalb sehr bald, daß sie nach zwei Seiten zu kämpfen hat. Vor sich hat sie die Mauer der deutschen Sozialdemokratie, an der sie sich den Kopf einstößt. Hinter ihr steht die Exekutive der kommunistischen Internationale und saßt sie im Genick, wenn sie befohlene Erfolge nicht vorweisen kann. Das Resultat ist nicht nur tiefer Pessimismus, der die kommunistischen Agitationsphrasen nur noch verlogener macht, sondern zugleich dumpfe Erbitterung über den Druck der russischen Exekutive in Moskau. Jede kommunistische Führung fühlt bald, daß Unmögliches von ihr verlangt wird, weil die deutschen Bedingungen von der Moskauer Exekutive falsch eingeschätzt werden. Die Folge davon ist ein unterirdischer steter Kampf zwischen der Exekutive in Moskau und der deutschen kommunistischen Führung. Es hat noch keine deutsche kommunistische Führung gegeben, die nicht in diesen unterirdisch geführten Machtkampf zwischen Exekutive und deutscher Zentrale verwickelt worden wäre. Dieser Machtkampf wird von der Exekutive mit einer Art geheimer politischer Polizei geführt. Die Zentrale Maslow-Ruth-Fischer hat demgegenüber ein System internationaler Emissäre ausgezogen. So bietet die kommunistische Internationale das Bild einer Organisation, in der die führenden Körperschaften ununterbrochen miteinander um die Macht kämpfen und sich gegenseitig zerfleischen.

Das innere Leben der kommunistischen Partei besteht nicht in der Vorbereitung und Führung praktischer Arbeiterpolitik, sondern nur noch in dem Streit über die Frage, wem

die Schuld an den Zerfallserscheinungen der kommunistischen Partei zuzuschreiben sei. Eine Partei und eine internationale Organisation, die sich selbst so wütend zerfleischt, hat keine Zukunftsaussichten, weder in Deutschland, noch im internationalen Maßstab.

## Stadtverordnetenwahlen in Posen.

### Dezimierung des Deutschtums.

Posen, 5. Oktober. (Wtd.) Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Posen errangen von 60 Sitzen die Nationaldemokraten 34 und die polnische Sozialdemokratische Partei 8. Die übrigen 12 Mandate entfielen auf die verschiedenen Splitterparteien. Die Deutschen, die im Jahre 1918 fast die Hälfte der Bevölkerung Posens ausmachten, haben für die polnische Sozialdemokratische Partei gestimmt (weil von allen polnischen Parteien allein die sozialdemokratische Verständnis für den Minderheitenschutz zeigt, Red. d. B.).

Aus dem Wahlergebnis ergibt sich, wie das Deutschtum durch die polnische Unterdrückungspolitik der letzten sieben Jahre dezimiert worden ist. Nach in jüngster Zeit haben die Opinionsausweisungen den Abwanderungsprozeß verstärkt, wodurch den Deutschen jede Mitarbeit an der kommunalen Verwaltung unmöglich gemacht ist. Die Schwächung des Deutschtums wirkt sich weiterhin auch auf die Vertretung der Deutschen im Parlament aus, wo die Interpellationen der Minderheiten den polnischen Regierungen äußerst un bequem sind.

## Umbildung des Pariser Kabinetts

### Paul Boncour Kriegsminister?

Paris, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die von der französischen Regierung in Aussicht genommene Ernennung des gegenwärtigen Justizministers Steeg zum Nachfolger des in den Ruhestand versetzten Generalgouverneurs von Marokko, Marshall Dyaudon, dürfte eine politisch sehr bedeutsame Umbildung des Kabinetts Poincaré im Gefolge haben. Wie wir aus gut unterrichteten politischen Kreisen hören, soll der Kultusminister de Monzie die mit der Vizepräsidentenschaft des Kabinetts verbundene Nachfolgerschaft Steegs im Justizministerium übernehmen und an de Monzies Stelle Herr Dala-dier, der Kolonialminister des Kabinetts herriot, treten. Darüber hinaus soll Poincaré beabsichtigen, sich künftig auf die Ministerpräsidentenschaft selbst zu beschränken und das von ihm vermalte Kriegsministerium abzugeben. Als Kandidat für das Kriegsministerium wird uns von absolut vertrauenswürdigster Seite der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour genannt. Wie weit diese Information tatsächlich zutrifft, ist zur Stunde nicht festzustellen. Tatsache ist jedenfalls, daß Paul Boncour von jeher für die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung gewesen ist und daß es zwischen ihm und der Parteileitung darüber im Sommer zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist.

## Der empfindliche Faschismus.

### Er verträgt keine Kritik.

Rom, 5. Oktober. (Wtd.) Die Agenzia Stefani meldet: Der italienische Gesandte in Wien hat gegen eine Rede des Abgeordneten Ellenbogen im österreichischen Nationalrat bei dem österreichischen Außenminister Bertramung eingelegt. Der Außenminister, der seinem Bedauern über den Zwischenfall Ausdruck gab, schickte sofort seinen Vertreter zur nationalen Gesandtschaft, um das lebhafteste Bedauern der österreichischen Regierung wegen der unbesonnenen Worte des Abgeordneten auszusprechen. Die italienische Regierung erklärt, sie sei dadurch nicht zufriedengestellt. Der Zwischenfall wird vielleicht weitere Folgen haben.

Genosse Ellenbogen hatte am Donnerstag in der außenpolitischen Aussprache im Nationalrat über die verlängerte Finanzkontrolle Mussolini wegen der faschistischen Unterdrückung der Deutschen in Südtirol mit der Schärfe gerodeter Leidenschaft angegriffen.

## Das Kinderzimmer.

### Ausflug einer kleinen Tragödie.

Der Herbst hockt wie ein feuchter Riesenfrosch in dem engen Hof des Mietshauses. Die späte Wärme des Tages verdampft unter den Reibstüchern des Abends. Ein Baumstumpf lugt mit ein paar gelben Blättern hervor.

Wie eine Schachtel ist dieser steile, enge Hof, in der die zerbrochenen Dinge der Freude still beiseite gestellt wurden.

Es wird kühl, und man muß die Fenster schließen. Ein junges Mädchen macht das Licht an. In diesem Licht steht das junge Mädchen, grau, von einem Tagewort verbraucht, unpersönlich und lustlos. Wie eine Schwester, wie eine Ergänzung der Schreibmaschine steht sie aus, die genau so unlebendig auf dem kleinen Tischchen bereit ist, in sich hinein sprechen zu lassen.

Es ist schon zwanzig Minuten nach Büreauschluß. Ich warte. Weil ich von dem Manne, der hier zu bestimmen hat, etwas wünsche. Und das junge Mädchen wartet nur, weil ich warte.

Zwanzigmal, dreißigmal reifen meine Augen in diesem Zimmer auf und ab. Sie finden nichts, woran sie sich klammern könnten: zwei Regale, Aktenordner, irgendein erschütternd belangloses und dummes Bild an der Wand.

Meine Tischuhr wispert wie das fressende Insekt der Zeit. Ich entdecke ein Blatt Papier über der Tür, darauf steht: „Privatunterhaltungen höflich verboten!“

Wo beginne ich eine Privatunterhaltung und erfahre, daß das Fräulein Gerda heißt. Daß das Bureau aus zwei abgemieteten Räumen einer Dreizimmerwohnung besteht, und daß Gerda die Tochter des Hauses ist. Auch daß der Vater vor einem Jahr gestorben, daß die Mutter Näharbeiten besorgt, und daß Gerda sehr glücklich ist, weil sie von dem Untermieter auch als Stenotypistin angestellt wurde.

Draußen im Hof hockt der feuchte Riesenfrosch und glotzt in den Raum, der einst ein Heim, eine Wohnung war. Das junge Mädchen schiebt unter einer schweren Müdigkeit und wird ganz still. Ich ergreife ihre Hand, und meine Finger erzählen ihr die feuchteste aller Geschichten, die Geschichte vom wertlosen Verstehen.

Da geschieht etwas sehr Kührendes: Das junge Mädchen breitet die Arme aus, als wolle es in unendlicher Liebe diesen Raum umfassen, und legt mit der holden Geschwätzigkeit eines plötzlichen Vertrauens:

„Dieses Zimmer war einmal mein Kinderzimmer, damals... hier stand mein Bett, und dort, wo das große Regal ist, war ein Brett für meine Puppen... vor dem Fenster machte ich die Schulaufgaben, oder ich lag da mit meinen Freundinnen, wenn sie zum Tee kamen... es waren auch immer Blumen vor dem Fenster... damals...“

Aber natürlich, natürlich... die Rosenranken in der Tapete, und die weißen Beisten... ein Kinderzimmer! Doch auf dem

Regal steht die Puppe Dollu... und hinter den Aktenordnern warten Bilderbücher. Die Schreibmaschine? I wo, das ist gar keine Schreibmaschine; das ist ein Spielzeug; vielleicht eine Laterna magica?

Da knarrt die Tür. Der Herr tritt ein und sagt: „Fräulein Gerda, es ist schon nach sechs, machen Sie Schluß!“ Und zu mir sagt er: „Bitte...!“

Da ist das Kinderzimmer eingestürzt. Und nur mehr ein Bureau ist da. Gerda hat kein Kinderzimmer, jede Erinnerung ist ausgelöscht. Das Heim ist ein Arbeitsraum.

Alle Puppen sind in der engen Schachtel des Hofes eingepackt, weil sie nichts mehr taugen. Unter dem Baumstumpf ist der Traum vom eigenen Heim und ist Jungmädchensehnsucht verscharrt. Und der feuchte Frosch glotzt durch die Scheiben in ein Bureau.

Marg Preß.

Der Tonkünstlerverein vermittelte bei einem ersten Abend mit neuen Werken im Meisterloaf die Bekanntheit mit drei Streichquartetten jüngerer Datums. Max Schillings 1887 komponiertes, 1905 revidiertes Werk schlägt Töne voll bröcklicher Herbitterkeit an, die durchwühlt sind von den Klößen stammelnder Tristampfindlichkeit. Es herrscht strenge vierstimmige Form mit zum Teil sehr starken thematischen Verhaltungen. Am Schluß gibt es eine Schau über alle Saiten vor dem stürmenden Ausklang. Paul Graeners Quartett opus 66 hat Klarheit und Plastik der Linienführung und außerordentliche Schwungkraft. Es führt nach einem mit einstimmigen anstürmenden Gängen erfüllten Satz durch die kurze Ruhe einer inneren Einfuhr zu einem Variationsthema, das in den mitreißenden Rhythmus eines Ensembles mit charakteristisch ungarischem Einschlag hineingesteigert wird. Tschs Quartett opus 34 ist ein Vertreter bewußten Fortschritts. Ueberall findet man formal strengste Bindungen, weitausgreifende Themen, hämmernde Rhythmen, dann wieder feinstausgelockerte Linien in ein Bad mysteriöser Klänge getaucht. Im letzten Satz reißt und knirscht alles. Die Herren Frenkel, Caruana, Ronnefeld und Schrader (Streichquartett der Dresdener Philharmonie) spielten die Werke mit viel Hingabe und in klangerreicher Vertiefung. Die stärksten geistigen und musikalischen Kräfte scheinen bei den Partnern der Bühnenstimmen zu liegen.

S. G.

Was man in der Berliner Nationalgalerie. Der Wilhamburg-er Raler Friedrich Wasmann, dessen Biedermeier-Bilder mit der Sammlung Bernd Brönck die Berliner Nationalgalerie vor ein paar Jahren verließen und in die Hamburger Kunsthalle überfiedelten, ist nun in die Berliner Sammlung doch mit fünf Bildern eingezogen. Im Obergeschoß der Galerie sind jetzt mit diesen Neuerwerbungen die köstlichen Zeichnungen vereinigt, die die Nationalgalerie schon längere Zeit von Friedrich Wasmann besitzt.

Fortschritt in der Seefabeltelegraphie. Ueber einen neuen bedeutenden Fortschritt in der Seefabeltelegraphie teilte kürzlich Professor R. W. Wagner im Elektrotechnischen Verein Berlin folgendes mit: Wie vor etwa Jahresfrist bekannt geworden ist, hatten Forschungsarbeiten, die gleichzeitig und abhängig von einander in Deutschland und in Amerika ausgeführt worden waren,

zur Ausbildung eines neuen Kabeltyps geführt, der etwa des Fünftels der Kabel alter Bauart leistet. Bisher war es aber nicht möglich, auf einem solchen Kabel in beiden Richtungen gleichzeitig zu telegraphieren. Die nach diesem Ziel gerichteten Versuche des Telegraphentechnischen Reichsamts sind nunmehr ebenfalls mit Erfolg gekrönt worden. Auf einem in der Offise verlegten Probekabel, das in seinen elektrischen Eigenschaften einer transozeanischen Kabelstrecke entspricht, konnten im Duplexbetriebe, d. h. im Telegraphieren nach beiden Richtungen, 800 Buchstaben in einer Minute einwandfrei empfangen werden.

Staatsfeindliche Literatur. Die Fälle, daß literarisch wertvolle Werke beschlagnahmt werden, mehren sich. Jetzt ist einer staatsanwaltschaftlichen Maßnahme die Leipziger Zeitschrift „Heimstunden“ zum Opfer gefallen, deren diesjährige Hefte 1 bis 6 Stefan Kurt Raabers brachten, die in abgeandeter Fassung in seinem bereits beschlagnahmten und verbotenen Buch „Barrakaden an der Ruhr“ enthalten sind. Dies ist für den Verlag bereits die dritte Benahme innerhalb weniger Monate. Außerdem schreibt der Verlag uns mündlich, kammert sich die Polizeibehörde so gründlich um unseren Verlag, daß wir den Besuch der Kriminalbeamten schon bald häufiger als den von Kunden betrachteten können und wir zu der Vermutung kommen, daß man die entschieden pazifistisch oder sozialistisch eingestellten Verlage unter allen Umständen kaputt machen will. — Wir verweisen auf den Aufsatz „Für die Freiheit der Kunst“ in unserer Freitag-Morgenausgabe (Nr. 465). Es ist nun noch höchst höchste Zeit, daß man beabsichtigt wird und staatsfeindliche Gesinnung wo anders als — in Kunstwerken entdekt!

Im Festungs-Museum findet Donnerstag 6 Uhr ein Konzert. Ferdinand Reher Abend hat. Dr. Günther Roth spricht zum 100. Geburtstag des Dichters; Lotte Rosenbaum-Schwarz rezitiert aus ihrem Werken.

Dr. Walter wird Ende dieser Woche zum erstenmal als Spieler unter Leitung der Leffentlichkeit treten. Die Entladung der Oper „Don Pasquale“ von Donizetti in der Städtischen Oper wird nicht nur musikalisch von ihm geleitet, sondern auch von ihm in Szene gesetzt.

Wendell-Gespiel am Staatstheater. Das Theater d'Arts aus Rom wird unter Leitung von Luigi Vrandello im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt ein kurzes Schauspiel geben. Es gelangt in italienischer Sprache und in der italienischen Original-Besetzung zur Aufführung am Montag, den 12. Oktober, 8 Uhr: 6 Personen haben einen Autor. Am Dienstag und Mittwoch werden ebenfalls Werke von Vrandello gespielt werden. Ende des Winters wird ein deutsches Schauspiel des Berliner Staatstheaters in Italien folgen.

Ein deutsches Sängermuseum wurde in Rürnberg anlässlich der Tagung des Deutschen Sängerbundes am Sonntag eingeweiht.

Die IV. Schulmusikwoche Hamburg, zu der Hunderte von Teilnehmern aus allen Teilen des Reiches in Hamburg eingetroffen sind, ist am Sonntag mit einem Begrüßungsabend im Gewerkschafts-Haus eröffnet worden.

Rehland und die Literaturkonvention. Auf eine Anfrage des Kundenkommissariats teilt das Kulturbildungskommissariat mit, es habe entgegen der Berliner Literaturkonvention auf dem Standpunkt, daß Rehland alle im Ausland veröffentlichten Erklärungen und Begrenzungen mit eigenen Tatsachen und Kommentaren zur Verbreitung bringen könne.

Amsterdamer Stadion. Für die im Jahre 1926 stattfindenden Olympischen Spiele ist der Bau eines neuen Stadions nach den Entwürfen des Architekten Jan Wils beschlossen worden. Man hofft, die gewaltige Arbeit in zwei Jahren fertiggestellt zu haben.

## Frankreichs Kampf in Washington. Seine Bedeutung für Deutschland.

Die Verhandlungen des französischen Finanzministers Caillaux mit dem Schatzsekretär der Vereinigten Staaten, Mellon, über die Rückzahlung der französischen Kriegsschuld endeten mit dem Vorschlag einer vorläufigen Lösung. Amerika hat Frankreich ein Provisorium angeboten; in den ersten fünf Jahren soll es je 40 Millionen Golddollar an das amerikanische Schatzamt abführen; das bedeutet eine Verzinsung von etwa ein Prozent der französischen Schuld. Nach fünf Jahren, auf Frankreichs Wunsch auch früher, möge auf einer neuen Konferenz zwischen Schuldner und Gläubiger die endgültige Regelung erfolgen. Caillaux hat sich nicht für besorgt erklärt, Mellons Vorschlag anzunehmen. Er hat sich dabei hinter dem formalen Grunde verfangen, er sei von seiner Regierung nur zum Abschluß einer endgültigen Lösung ermächtigt. In Wahrheit steht dahinter die Erkenntnis, daß das fünfjährige Provisorium zwischen Amerika und Frankreich von weitreichender Wirkung auf die Gesamtheit der interalliierten Schuldentrückzahlungen sein wird.

In Washington standen sich nicht nur ein reicher Gläubiger und ein fast bankrotter Schuldner gegenüber. Die Verhandlungen waren von vornherein mit der Rückwirkung belastet, die sie auf die anderen finanziellen Kriegsliquidationsverhandlungen ausüben müssen. Bis jetzt ist ja nur der englisch-amerikanische Schuldentrückzahlungsvertrag in Kraft gesetzt worden; seit 1923 zahlt England, für 62 Jahre, jährlich die ungefähre Summe von 800 Millionen Goldmark. Der belgisch-amerikanische Vertrag bedarf noch der Zustimmung der belgischen Kammer wie des amerikanischen Senates. England hat sein Abkommen mit Amerika auf der Voraussetzung aufgebaut, daß es von Amerika nicht schlechter als Frankreich behandelt wird.

Der jetzige Vertrag Frankreichs mit England beruht auf der gleichen Voraussetzung. So standen sich Amerika und Frankreich mit halb gebundenen Händen gegenüber: Jedes weitergehende Entgegenkommen des Gläubigers gegenüber diesem Schuldner hätte zur Folge gehabt, daß die anderen kleine Kriegführender — die gleiche Behandlung verlangten. Andererseits ist Frankreichs Finanzlage bedenklich genug, um ihm nur eine geringe Belastung zuzumuten, wozu noch der sentimentale Anspruch Frankreichs tritt, die Welt der Demokratie vor dem deutschen Militarismus gerettet zu haben. So kann sich Amerika mit einer vorläufigen Lösung begnügen, die den Anspruch an andere Schuldner auf eine ähnlich günstige Behandlung in einer Regelung leichter zurückweisen läßt. Es hat seinen Standpunkt, daß es unmoralisch sei, Schulden nicht zu bezahlen, wenigstens zur grundsätzlichen Anerkennung durch Frankreich gebracht. Während vor noch gar nicht langen Monaten französische Staatsmänner sich zu dieser Anerkennung noch nicht aufraffen konnten, würde Frankreich mit der Annahme des amerikanischen Vorschlages, wenigstens seine Zinszahlung, nach einem Zahlungsaufschub von sieben Jahren, beginnen. Frankreich hätte den Vorteil des sehr niedrigen Zinsfußes und die Gewähr, daß seine Schuld durch Zinseszins wenigstens nicht weiter anwächst.

Ueber die Annahme des amerikanischen Vorschlages des fünfjährigen Provisoriums wird sich Frankreich freilich erst schlüssig werden, wenn die bereits angekündigte Besprechung Caillaux' mit dem englischen Finanzminister Churchill stattgefunden hat. Es handelt sich dabei darum, das bisher ebenfalls vorläufige Abkommen mit England in ein endgültiges umzuwandeln. Aber wie der Ausgang dieser, in etwa vierzehn Tagen stattfindenden Aussprache auch sein mag: Der amerikanische Vorschlag ist in jedem Falle für Deutschland von höchstem Belang. Frankreich verteidigt ja bisher mit dauern dem Erfolg den Grundsatz, daß seine Zahlungen an seine beiden Gläubiger Amerika und England keinesfalls die Summen übersteigen dürfen, die es von Deutschland erhält. Nun sind ja die Reparationszahlungen Deutschlands an Frankreich und seine Alliierten ebenfalls nur vorläufig, für einige Jahre geregelt. Die endgültige Belastung Deutschlands hängt also mit von dem Summen ab, die die europäischen Schuldner an Amerika und die kontinentaleuropäischen an England zu zahlen haben. Caillaux' Verteidigung der französischen Finanzen ist deshalb von Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, sein Kampf in Washington und in London ein Beispiel deutsch-französischer Solidarität der Interessen.

## Interparlamentarische Union.

### Die Washingtoner Tagung.

Washington, 5. Oktober. (W.Z.) Fünf weibliche Mitglieder der deutschen Delegation auf der Tagung der Interparlamentarischen Union brachten zu Fontaines Referat über die Menschenrechte den Antrag ein, die Frage des Frauenstimmrechts und der Anpassung der Gesetze an die

### Gleichberechtigung der Geschlechter

zu einer Angelegenheit der Interparlamentarischen Union zu machen. Reichstagsabgeordnete Genolfin Wülfel begründete den Antrag und erklärte, indem die Vereinigten Staaten Francis Willard eine Statue in der Ehrenhalle des Kapitols gesetzt hätten, hätten sie die Wichtigkeit der Befreiung der Frau anerkannt. Die Passivität eines großen Teils der Bevölkerung bilde eine Gefahr in Zeiten der Krise. Frau Wülfel forderte ein Mitbestimmungsrecht der Frauen bei der gesamten Gesetzgebung und zwar entsprechend ihrer Zahl. Ihre Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und der Antrag als Anregung der Ständigen Kommission überwiesen.

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Schilling (Dem.) nahm Stellung zu den Völkerverbandsverträgen von Vassal, Fontaine und Koot. Er erklärte sich damit einverstanden, daß

### Mahnahmen zur Verhinderung verbrecherischer Störungen des Weltfriedens

ergriffen würden. Abweichend von Vassal Vorschlag sei er aber der Meinung, daß ein völkerrechtliches Strafrecht wohl gegen Individuen, aber nicht gegen Staaten zu schaffen sei, weil letztere keine Straftaten begehen könnten. Ein Strafverfahren gegen Staaten führe immer zur Bestrafung einzelner Bürger und zu Maßnahmen gegen das private Eigentum. Das sei, wie der letzte Krieg gelehrt habe, eine gefährliche Tendenz. Die von Fontaine vorgeschlagene Kodifikation der Grundrechte der Staaten stelle einen ungeheuren Fortschritt dar. Fontaines Entwurf sei von allen Vorschlägen der beste. Er folge in gewisser Hinsicht dem Beispiel der Weimarer Reichsverfassung. Nur die Anerkennung dieser Rechtsüberzeugung durch die Staaten könne Katastrophen verhindern. Darüber hinaus sei die von Koot vorgeschlagene Kodifikation des gesamten Völkerrechts erforderlich. Heute posieren die Staaten ihre völkerrechtliche Auffassung den eigenen Bedürfnissen an. Konflikte und Reibungsflächen seien die Folge. Die Schwierigkeiten einer Kodifikation seien ungeheuer groß. Das Völkerrecht befände sich in einem gewaltigen Übergangsprozess. An die Stelle des Krieges müsse ein Prozessrecht treten. Die Schwierigkeiten würden dadurch gesteigert, daß

# Der chemische Großtrust perfekt.

## Seine Organisation und seine Bedeutung.

Den Margismus zuzufügen, ist das pergebillige Bemühen der privatkapitalistischen Unternehmer. Wie lebendig er ist, beweist die chemische Großindustrie Deutschlands. Für seine Kernbarkeit, die Konzentrationstendenz des Kapitals, bedeutet die jetzt eingeleitete Umwandlung der Interessengemeinschaft des Anilin Konzerns in eine Volksgesellschaft, bevor die Hälfte der auf 50 Jahre berechneten Interessengemeinschaft abgelassen ist, ein Beweisdokument von epochaler Bedeutung. Gefördert von der Stabilisierungskrise in Deutschland, die nur ein kleiner Ausschnitt der internationalen Sanierungskrisis im Gefolge des Weltkrieges ist, erweist sich die Interessengemeinschaft mit der für diese privatkapitalistische Verwaltungsform verwandter Unternehmungen denkbar engsten Vereinigung der Verwertungs- und Finanzinteressen als zu schwach. Interessengemeinschaften, Konzerne sind keine Dispositionen, sondern Uebergangsformen zur Kapital- und organisationsintensivsten einheitlichen Milliardenunternehmung. Krisen größten Maßstabes, wie die gegenwärtige der Sanierung der Weltkriegsfolgen, vermögen das Tempo der Konzentration nur zu beschleunigen.

Nach dem vorliegenden, offenbar vom Gemeinschaftsrat des Anilin Konzerns selbst inspirierten Kommuniqué werden die höchsten Farbwerte (Kapital 176, Reserven 17,2 Mill.), die C. I. B. Farbfelder Farbenfabriken (176 bzw. 18,1 Mill.), die A. G. für Anilinfabrikation Berlin (57,6 bzw. 5,8 Mill.), die chemische Fabrik Griesheim-Electron (44 bzw. 4,4 Mill.), die chemische Fabrik Weiskerter Meer (12 bzw. 1,2 Mill.) sowie die A. C. Sella, Frankfurt und die Kalle u. Co., Bielefeld, mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen fusioniert und gehen in dieser auf. Damit werden die Größtwerke der deutschen chemischen Industrie zu einem Einheitsunternehmen mit einem offenen Aktien- und Referentkapital von rund 800 Mill. verschmolzen, dem einschließlich der Beteiligungen und neuesten Erweiterungen Unternehmungswerte von weit über einer Milliarde entsprechen. Die Verschmelzung dient der Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung durch zweckmäßige Ausgestaltung ihrer Betriebs- und Verkaufsorganisation. Sie wird praktisch durchgeführt in 4 Betriebsgemeinschaften (Ober-, Mittel-, Niederrhein und Mitteldeutschland) und 5 Verkaufsgemeinschaften (Farbstoffe, Stickstoffe, pharmazeutische und Schädlingbekämpfungsmittel, Kunstseide und photographische Mittel sowie anorganische Produkte). Die finanzielle Verschmelzung wird durch eine Einheitsaktie zum Ausdruck gebracht: die Badische Anilin- und Sodafabrik wird ihr Aktienkapital um die Kapitale der übrigen Firmen (mit Ausnahme der C. Sella und Kalle, die Beteiligungen der Hauptwerke sind) erhöhen und die neuen Aktien gegen die eingebrachten austauschen. Der Name der neuen Firma lautet A. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft. Die Neubildung ist also eine einheitliche Aktiengesellschaft, die das A. G.

(Interessengemeinschaft) wesentlich nach aus Tradition mifführt. Der Sitz der Firma ist Frankfurt am Main. Die verschmolzenen Firmen werden Zweigniederlassungen, die ihre alten Namen nur beibehalten. Die bisherigen selbständigen Vorstände verschwinden; der neue Einheitsvorstand hat zum Vorsitzenden Geheimrat Prof. Dr. Bock von der Badischen Anilin. Auch die bisher selbständigen Aufsichtsräte werden ein Aufsichtsrat; der bisherige laie Gemeinschaftsrat wird ein Verwaltungsrat. Der Vorsitzende beider ist Duisberg-Vererben. Das ist Konzentration höchst unpersonlich gewordenen Kapitals, das nicht mehr von Individualunternehmern, sondern von funktionären gesellschaftlicher Produktionsmächte verwaltet wird, in vollster Form.

Man wird die technischen, kaufmännischen und finanziellen Veränderungen, die durch die Schaffung des neuen Chemietrusts eintreten, nicht überschätzen dürfen. Die Bedeutung der neuen Tatsache liegt in der symbolischen Kraft, mit der sie als Ausdruck der schwersten Erholungskrisis des kapitalistischen Systems die konzentrierte Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dokumentiert. Diese symbolische Kraft ist um so wirkungsvoller, als die bevorstehende Fusion der Abschluß eines organischen Wachstumsprozesses von Jahrzehnten ist, der zwar von der internationalen Sanierungskrise im Gefolge des Weltkrieges gefördert, aber von den Zufallselementen sonstiger Konzernbildung im wesentlichen frei ist. Nicht innere Krankheit der Glieder, wie bei der rheinisch-westfälischen Montanruhrbildung, sondern die von der technischen Entwicklung begünstigte innere Gesundheit, die durch Jahrzerne von der A. G. bei den Gliedern systematisch gepflegt wurde, ist die Ursache des Zusammenschlusses.

Darin beruht auch seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Geheimrat Duisberg ist der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Der Reichsverband der deutschen Industrie kämpft um die Macht im Staate. Es mußte demotiviert werden, daß der Reichsverband und der Reichswirtschaftsminister Regierungsmahnahmen nur mehr in Verbindung mit dem Reichsverband der deutschen Industrie ergreift. Es mußte demotiviert werden, daß der Reichsarbeitsminister die Lohnpolitik der Arbeitgeberverbände zur eigenen macht. Die Arbeiterschaft wird zu beachten haben, daß diese Demotivierung die Bestrebungen der Unternehmerverbände nicht entfräften und noch mehr, daß der gefährlichste Stoßtrupp der Industrie, die Chemie, nicht mehr die bankrotte Montanindustrie den Kampf der Unternehmerklasse führt. Das heißt aber, daß der Kampf der Klassen und ihrer Verbände um die Auswertung der Staatsgewalt, um die Schlüsselposition des hochkapitalistischen Wirtschaftssystems, schärfer entbrennen wird als je.

die völkerrechtlichen Auffassungen der Völkerverbandsstaaten von denjenigen der Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerverbands seien, abweichen. Die Völkerverbandskommission habe sich bei ihren Bemühungen um eine Kodifikation ein bestimmtes Ziel gesetzt, indem sie nur einzelne reife Materien ausgesucht habe. Die Interparlamentarische Union müsse weitergehen und einen umfassenden Kodifikationsplan durchführen. Die Menschheit könne nicht warten, bis eine neue Katastrophe heringebracht sei.

Der Weltkrieg habe gelehrt, daß eine Weiterentwicklung des Völkerrechts erforderlich sei. Deutschland sei zur Mitarbeit an der Verwirklichung jedes völkerrechtlichen Fortschritts bereit. Dr. Schüllings Rede fand großen Beifall.

## Der Liebenwerdaer Prozeß. Abnehmendes Interesse.

Torgau, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag, dem 7. Verhandlungstag im Liebenwerdaer Prozeß, mochte sich ein Abnehmen des Interesses bemerken. Nur wenige Zuschauer sind anwesend. Der Vorsitzende erklärt bei Eröffnung der Sitzung, daß ihm fast täglich anonyme Schreiben zugegangen, auf die er persönlich nichts gebe, die er aber der Staatsanwaltschaft zur einst. Verfolgung übergebe. Die Verteidigung interveniert dann den Vorsitzenden, wie die Stellung des Gerichtes betr. der Casseler Akten zu verstehen sei. Der Vorsitzende erwidert, daß der Inhalt dieser Akten für diesen Prozeß keine Rolle spiele. Es sei für dieses Gericht nicht maßgebend, welche Stellung eine andere Behörde einnehme.

Rechtsanwalt Blume bemerkt darauf, daß er aus den Casseler Akten nachweisen wolle, daß von der Kreispartasse Wüdingen 22 Sparfassenbücher vermisst worden sind, um einer Firma Geld zu verschaffen. Der deutschnationale Landrat von Marsbach sei im Ausschussrat der Kreispartasse und die erwähnten Geschäfte seien in seinem Auftrag gemacht worden.

Der Zeuge Wahlenbesser Knopf-Liebenwerda, Vorstandsmittglied der Liebenwerdaer Kreispartasse, soll sich über ein Gespräch zwischen dem Landrat Vogt und dem Stadtbankdirektor Krabbe äußern. Der Zeuge kann aber so gut wie gar nichts beibringen und es hat den Anschein, als ob er sich nicht viel um die Angelegenheit gekümmert hat. — Es wird nun der Kriminalkommissar Seiffert gehört, der den Angeklagten Werres zuerst in Berlin vernommen hat. Von Werres ist behauptet worden, daß sowohl die ihn vorführenden Kriminalbeamten wie auch Seiffert an ihn die Frage gerichtet hätten, welcher politischen Partei der Landrat Vogt angehöre. Auf Befragen des Verteidigers bestritt der Zeuge das, gibt dann die Möglichkeit zu, behauptet aber am Schluß der Verhandlung, daß er eine solche Frage nicht gestellt habe. Der Vorsitzende schneidet weitere Fragen dieser Natur ab und ein von der Verteidigung beantragter Gerichtsbeschluss gibt ihm Recht. Im übrigen mocht der Zeuge keine bemerkenswerten Aussagen. — Der Zeuge Regierungsrat a. D. Bienschke ist Vorstandsmittglied der Pommerisch-Märkischen Wirtschaftl.-A. G. in Berlin, an der auch die Pommerische Giro-Zentrale als Aktionär beteiligt ist. Ersterer ist von der Giro-Zentrale gebeten worden, die Schmittthalschen Verhältnisse zu prüfen. Das sei geschehen und versucht worden, das Unternehmen zu sanieren. In ein Gespräch zwischen Vogt und Krabbe betreffs der Gültigkeit der Liebenwerdaer Girros kann sich der Zeuge nicht erinnern. — Der Zeuge Rechtsanwalt Voss ist Justizrat der Pommerisch-Märkischen Wirtschaftl.-A. G. Auch er weiß nichts von dem vorerwähnten Gespräch. Es sei keine Rede davon gewesen, daß die Wechsel von Liebenwerda nicht bezahlt werden. Selbst wenn die Gültigkeit der Liebenwerdaer Girros theoretisch in Erwägung gezogen sein sollte, kam das praktisch nicht in Frage, da ja noch über die Sanierung der Firma Schmittthals weiter verhandelt worden sei. Sparfassenbetreiber Krabbe wird nochmals über sein Gespräch mit dem Landrat Vogt vernommen. Er bleibt bei seiner Aussage, gibt dieser aber jetzt die Auslegung, daß er den Eindruck gewonnen hätte, als wenn Vogt persönlich nur die Verantwortung von sich abwälzen wollte.

Der Vorsitzende schreitet nun nochmals zur Vernommung der beiden Angeklagten, indem er ihnen aus dem Protokoll mehrere belastende eigene Aussagen vorhält. Der Angeklagte Vogt behauptet, daß er diesen Aussagen keinen besonderen Wert beigemessen

habe. Wenn er Falsches unterschrieben habe, so nur um der befristeten Verhaftung zu entgehen. Es sei ihm auch nicht möglich gewesen, seine Aussagen gegenüber der Einstellung des Oberstaatsanwalts durchzusetzen. Auch der Angeklagte Werres behauptet, bei seiner Vernehmung durch den Staatsanwalt von diesem beeinflusst worden zu sein. Er will die ihn belastenden Protokolle nur unterschrieben haben, weil man ihm sagte, er verurteilt wäre sonst nur seine Ehe. Angefichts dieser Behauptungen sieht sich das Gericht veranlaßt, nunmehr den Oberstaatsanwalt zuzurufen, um zu vernehmen, Oberstaatsanwalt Dr. Thielitz bestritt die von den Angeklagten gemachten Angaben. Anfalls des überhebenden Auftretens des Angeklagten Werres, das später auf das Augenleiden des Werres zurückgeführt wurde, habe er diesen zunächst allerdings schroff behandelt. Später habe er ihn aber milder behandelt. Auch den Angeklagten Vogt habe er durchaus loyal behandelt. Es läge kein Grund vor, zu behaupten, daß die in der Voruntersuchung gemachten Aussagen erzwungen wurden.

Damit ist die Montagverhandlung beendet. Es ist nur noch ein Zeuge zu vernehmen, der Rechtsanwalt Gorgewski, Berlin, der Rechtsberater der beiden Angeklagten war. Dieser Zeuge soll am Dienstag vernommen werden.

## Nationaler Sumpf.

### Unterstellungen nationalistischer Ehrenmänner.

Dresden, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterstellungen beim „Sächsischen Volksoffer“, die Major Köfller und der Sgdnitz des Industriellenverbandes Reichner in Dresden verübt haben, ziehen immer weitere Kreise. Das „Sächsische Volksoffer“ ist in der Inflationszeit vom Chef des Wehrkreiskommandos IV, Generalleutnant Müller, ins Leben gerufen worden. Mit Hilfe von Reichswehrmännern und Geplanten war seinerzeit alte Wäsche und alte Kleider für die Armen der Armen und vor allem für die Kriegsoffer gesammelt worden. Der eine der beiden nationalistischen Ehrenmänner, Sgdnitz Reichner, hat nicht weniger als 100 000 Reichsmark aus der Kasse des „Sächsischen Volksoffers“ gestohlen und versucht, vergebens, nachdem man seine Verfehlungen aufgedeckt hatte, sie zu decken. In Innsbruck wurde er von Dresdener Polizeibeamten verhaftet. Die „Telegraphen-Union“, die sich die Verbreitung des geschäftigten Klaffes gegen die Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht hat, verjucht vergebens, Dr. Reichner reinzuwaschen, indem sie erklärt, er habe es lediglich an der notwendigen Kontrolle fehlen lassen. Dabei erfährt unser Dresdener Vorbildblatt, daß Dr. Reichner bereits vor einem Jahre wegen eines anderen Deliktes in Untersuchungsshaft lag. Auch der zweite Defraudant, Major Köfller, hätte die Herren vom „Sächsischen Volksoffer“ und vom Dresdener Wehrkreiskommando etwas zur Vorsicht veranlassen müssen. Er hatte sich vor einiger Zeit schon einen solchen Titel zugelegt, worüber man im Wehrkreiskommando recht gut Bescheid weiß. Köfller war trotz alledem Geschäftsführer des „Nationalklubs für Sachsen“, in dem auch schon früher eigenartige Dinge politischer Natur vorgekommen sind. Es wurden dort selbst alltägliche Herren zurückgewiesen, weil in ihren Adern „jüdisches Blut“ flöße. Köfller aber wohnt so lange in der Villa des berühmten „Nationalklubs“ in der Tiergartenstraße, bis der ihm anvertraute Verband ruiniert war.

Der preussische Untersuchungs-Ausschuß hat gestern seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Sitzung war fast ausschließlich der Vernehmung des Direktors Michael Holzmann gewidmet, der seinerzeit auf Veranlassung Antistlers wegen angeblichen Betruges in Sachen Hanauer Lager verhaftet wurde und neun Monate in Untersuchungshaft lag. Seine ziemlich eingehende Vernehmung ergibt aber nichts irgendwie Wesentliches.

Erholung vom Preisabbau. Reichswirtschaftsminister Dr. Reubaus ist mit seiner Gemahlin zu längerem Aufenthalt im Bohmanns Sanatorium in Dresden-Weißer-Hirsch eingetroffen, da die Preisfestung ihn offenbar stärker angegriffen hat als die Preise.

# Die Berliner A.D.G.B.- und A.F.A.-Betriebsräte.

## Zum Arbeitsgerichtsgesetz und zur Erwerbslosenversicherung.

Etwa 300 Betriebsräte und Vertreter der freien Arbeiter- und Angestelltenvereine waren am Sonntag vormittag zu einer Betriebsrätekonferenz zusammen. Die Konferenz war von den Berliner Ortsvereinen des A.D.G.B. und des A.F.A.-Bundes nach dem Plenarbeschluss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates einberufen. Ueber das Arbeitsgerichtsgesetz referierte Böring vom A.F.A.-Bund. Der Redner gab einleitend einen Ueberblick über die historische Entwicklung der Idee der einheitlichen Arbeitsgerichtsbarkeit herbeigeführt werden. Der vom Reichsarbeitsministerium dem Reichswirtschaftsrat vorgelegte Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist in der vorliegenden Form nicht annehmbar. Der Referent ging dann auf die einzelnen Paragraphen des Gesetzesentwurfes näher ein. Neben anderen Änderungen muß vor allem verlangt werden, daß die Tätigkeit der Vorsitzenden hauptsächlich sein muß. In der ersten Instanz sollen die bisherigen Kaufmanns- und Gewerbegerichte übernommen werden. Eine Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte ist abzulehnen, da dies die Verfahren ungewöhnlich verzögern würde. Um eine schnelle und billige Prozessführung zu ermöglichen, sind vornehmlich in der ersten Instanz

### Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts

schlechthin ihren Niederschlag in dem Artikel 157 der Reichsverfassung, in dem es heißt: Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. Ein einheitliches Arbeitsrecht legt also einheitliche Arbeitsbehörden voraus. Wenn solche zurzeit noch nicht bestehen, muß unbeschadet ihrer grundsätzlichen Forderung eine Zwischenlösung in der Frage der einheitlichen Arbeitsgerichtsbarkeit herbeigeführt werden. Der vom Reichsarbeitsministerium dem Reichswirtschaftsrat vorgelegte Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist in der vorliegenden Form nicht annehmbar. Der Referent ging dann auf die einzelnen Paragraphen des Gesetzesentwurfes näher ein. Neben anderen Änderungen muß vor allem verlangt werden, daß die Tätigkeit der Vorsitzenden hauptsächlich sein muß. In der ersten Instanz sollen die bisherigen Kaufmanns- und Gewerbegerichte übernommen werden. Eine Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte ist abzulehnen, da dies die Verfahren ungewöhnlich verzögern würde. Um eine schnelle und billige Prozessführung zu ermöglichen, sind vornehmlich in der ersten Instanz

### Rechtsanwälte als Prozessvertreter abzulehnen.

Die Beizgerauschüsse müssen nicht nur „gehört“ werden, sondern Mitbestimmungsrecht haben. Das Arbeitsstrafrecht soll mit aufgenommen werden. Weiter sollen Reichs- bzw. Landesarbeits-Justizauschüsse gebildet werden, in denen die Arbeiter und Angestellten Einfluß auf die Verwaltung der Arbeitsgerichte haben. Die Verhandlung muß in jedem Falle öffentlich sein. Der Kampf um die Verbesserung des Entwurfes wird entsprechend der reaktionären Einstellung der Regierung und der im Reichstag ausschlaggebenden Parteien sehr schwer werden. Die Vertreter der freien Gewerkschaften im Parlament können auf die Unterstützung der Vertreter der christlichen und ähnlichen Gewerkschaften leider nicht rechnen. Der Referent empfahl die Annahme folgender Entschlüsse, die einstimmig beschlossen wurde:

„Die... Konferenz der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Berlin nimmt zur Neugestaltung der Arbeitsgerichtsbarkeit folgende Stellung ein:

Grundsätzlich muß gefordert werden die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes und damit einer einheitlichen Arbeitsgerichtsbarkeit im Rahmen einer allgemeinen Arbeitsbehörde für alle Arbeitnehmer. Nur einheitliche, von der ordentlichen Gerichtsbarkeit losgelöste Arbeitsgerichte bieten eine Gewähr für eine

### schnelle, billige, sachkundige und soziale Rechtsprechung

in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten. Die Zuständigkeit der künftigen Arbeitsgerichte muß sich auf alle Gebiete des Arbeitsverhältnisses erstrecken.

Der vorliegende Gesetzesentwurf der Reichsregierung wird diesen Anforderungen nur zu einem geringen Teile gerecht. Insbesondere erscheint die geplante Unterstellung der Arbeitsgerichte unter die Justizverwaltung unannehmbar, da die vorgesehene Mitwirkung der Sozialbehörden sich als eine völlig unzureichende Sicherung gegenüber dem einseitigen Justizeinfluß darstellt. Die Konferenz erwartet deshalb von den Hauptvorständen des A.D.G.B. und des A.F.A.-Bundes, daß sie mit aller Entschiedenheit und rechtzeitig auf die gefeggebenden Körperschaften einwirken, um

### selbständige und unabhängige Arbeitsgerichte

zu schaffen, in denen allen Arbeitnehmern eine ausreichende Mitwirkung bei der Organisation, Verwaltung, Ueberwachung und Rechtsprechung gewährleistet ist.“

Urich vom Metallarbeiterverband wandte sich in Form einer Fragestellung gegen die Uebertragung des Strafrechtes an die Arbeitsgerichte. Nach einer kurzen Pause begann Spieliedt vom A.D.G.B. mit seinem Referat

### „Erwerbslosenfürsorge — Erwerbslosenversicherung“.

Er gab zunächst einen Ueberblick über die internationale Wirtschaftslage im allgemeinen und die europäische im besonderen. Während vor dem Kriege in dem Auf- und Absteigen der Wirtschaftskurve ein gewisser Rhythmus zu verzeichnen war, befindet sich die europäische Wirtschaft in der Nachkriegszeit in einem fast chronischen Krisenstadium. Verbunden damit ist natürlich die hohe Zahl der Arbeitslosen. Besonders England hat seit ungefähr fünf Jahren ein ständiges Heer von 1,3 bis 2 Millionen Arbeitslosen, d. h. der siebente bis achte Teil der werktätigen Bevölkerung Englands ist ständig arbeitslos. England besitzt aber schon seit langem eine Erwerbslosenversicherung. Es werden dort z. B. gezahlt für den arbeitslosen Mann 18 Schilling, für die arbeitslose

Frau 15 Schilling in der Woche. Für Verheiratete kommt ein Zuschlag für die Ehefrau von 5 Schilling und für jedes Kind 3 Schilling hinzu. Wenn nun auch

### die Arbeitslosigkeit in Deutschland

im Verhältnis zu England als gering anzusprechen ist, so ist doch mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit zumal im Winter und darüber hinaus zu rechnen. Die im Jahre 1918 geschaffene Erwerbslosenfürsorge konnte nur eine vorläufige Regelung sein. Der jetzt vorliegende Entwurf einer Erwerbslosenversicherung ist an sich zu begrüßen, bedarf aber in vielen Punkten einer durchgreifenden Änderung. Der Referent trüßierte an Hand des Entwurfs die wichtigsten Punkte, die einer Umänderung bedürfen. Es seien hier nur einige angeführt. Die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte, die jetzt 2700 Mark ist, muß höher gesetzt werden, sodas auch für die über dieser Grenze liegenden Angestellten die Unterstützung in Frage kommen kann. Die Gewerkschaften führen ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln. Sie müssen sich jedoch dagegen wenden, daß auch in Fällen mittelbarer Aussperrung keine Unterstützung geleistet wird. Der Paragraph 56 bedarf vor allem einer Änderung. Es kann nicht angehen, daß in Zeiten höchster Arbeitslosigkeit, in denen die Mittel der Versicherung nicht mehr ausreichen und vom Staate Darlehen gegeben werden müssen, die Gewährung der Unterstützung

### von der Bedürftigkeit abhängig

gemacht wird. Die Einteilung in Lohnklassen ist annehmbar, doch muß der nach ihnen bestimmte Einheitslohn auf mindestens 60 Mark erhöht werden. Die Unterstützung selbst muß ebenfalls noch höher bemessen werden, als im Entwurf vorgesehen ist. Auf die Abänderung dieser Mängel muß bei den Beratungen des Entwurfs Gewicht gelegt werden. An sich trägt der Entwurf vielen Forderungen der Arbeiter Rechnung. Der größte Widerstand ist von den Unternehmern zu erwarten, die immer auf die zu hohe Sozialbelastung der Industrie verweisen. Es gilt eben, diese Argumentationen der Unternehmer zu widerlegen und dem eigenen Vollen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Lübke endete die eindrucksvoll verlaufene Konferenz.

### Die Denkschrift zur „Aktennotiz“.

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über den sozialpolitischen Kurs seines Ministeriums, d. h. die Antwort auf die von den Gewerkschaften im Anschluß an den Streik um die Reichsgerichtliche Aktennotiz vorgelegten 22 Punkte wird, wie wir hören, heute fertiggestellt werden und spätestens Mittwoch den Gewerkschaften zugehen. In der Denkschrift will Dr. Brauns u. a. auch eine genaue Darlegung über seine Pläne zur Neuregelung der Arbeitszeitfrage bringen, die in der Besprechung des Ministers mit den Gewerkschaften eine besondere Rolle spielte. Da der englische Arbeitsminister jetzt immer zögert, die in Aussicht genommene Konferenz zur Fortsetzung der Berner Beratungen über die Ratifizierungsfrage nach London einzuberufen, will das Reichsarbeitsministerium jetzt das neue Arbeitszeitgesetz so schnell als möglich fertigstellen. Die Arbeiten für den neuen Entwurf sind bereits so weit vorgeschritten, daß der Gesetzesentwurf noch in diesem Jahre vorgelegt werden kann. Der Entwurf wird die ganze ungeheure zerplitterte Arbeitszeitregelung zusammenfassen; auch der Frauen- und Kinderschutz soll im neuen Entwurf behandelt werden.

### Ein Gewerkschaftsjubiläum.

Am 6. Oktober vollendet der 1. Vorsitzende des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Genosse Rudolf Ströhlinger, sein 60. Lebensjahr. Schon in frühesten Jugend von dem Bewußtsein durchdrungen, daß eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Gasthausangestellten nur durch eine gewerkschaftliche Organisation im Anschluß an die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu erzielen ist, schloß er sich anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dem kleinen Kreis von selbstbewußten Berufskollegen an, die durch Gründung des „Bereins Berliner Gastwirtsgehilfen“ den Grundstein zu der heute bestehenden größten Organisation der Gasthausangestellten gelegt haben.

Beim Zusammenschluß der Lokalvereine zum „Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen“ im Jahre 1898 wurde Ströhlinger mit dem Amt des Hauptkassierers betraut. Diesen Posten hat er mit peinlichster Gewissenhaftigkeit bis 1922 verwaltet. Als Kassierer nahm er auch an allen Fragen des Verbandes und des Berufes den allerersten Anteil, und sein Urteil fand stets die größte Beachtung. Die Achtung und die Wertschätzung, die der Jubilar infolge seines segensreichen Wirkens innerhalb der Gasthausangestelltenbewegung gefunden hat, führten dann auch dazu, daß er nach dem im Januar 1922 erfolgten Ableben von Robert Reiske zum 1. Verbandsvorsitzenden gewählt wurde. Seiner unermüdeten und unermüdeten Arbeit, seiner Tatkraft und seiner treuen, gewissenhaften Pflichterfüllung ist es nicht zuletzt zuzuschreiben, daß der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten die zurückliegenden schweren Zeiten und die unglückliche Inflationsperiode im 2. Halbjahr 1923 glücklich überstanden hat.

Harter Arbeit und schwerer Kämpfe wird es noch bedürfen, bis das gesteckte Ziel erreicht ist. Dazu gehören Männer von Energie und Erfahrung. Wir wollen hoffen, daß es dem Genossen Ströhlinger noch lange vergönnt sein möge, an der Spitze seines Verbandes zu wirken, ihm zur Freude, den Berufsangehörigen zu Ruhm und Vorteil. In diesem Sinne dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche.

### Lehrlingschichtarbeit.

Ein Lehrling schreibt uns: In der Lehrwerkstatt der A.F.A.-Berufsschule in Reinickendorf wurde ab 1. Oktober das Zweischichtsystem eingeführt, damit mehr Lehrlinge beschäftigt werden können. Die erste Schicht währt von 7 Uhr früh bis 14 Uhr nachmittags, die zweite Schicht beginnt um 14 1/2 Uhr mittags und endet um 8 Uhr abends. Dieses Schichtsystem verhindert die Lehrlinge an der Teilnahme von Unterrichtsstunden zu ihrer geistigen Weiterbildung, worauf die A.F.A. angeblich so großen Wert legt. Die Lehrlinge, die in der zweiten Schicht arbeiten, kommen unter Umständen erst zwischen 9 und 10 Uhr nach Hause und werden dadurch alljährlich aus einer geordneten Lebensweise herausgerissen. Diese Neuerung bedeutet eine verwerfliche Rücksichtslosigkeit gegen die Lehrlinge, die durch das Zweischichtsystem in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung geschädigt werden. Die Eltern mühten daher gegen dieses System protestieren und seine Beseitigung fordern.

### 3500 Metallarbeiter ausgesperrt!

#### Infolge des Streiks in Hohenlimburg.

Vor etwa drei Wochen stellten 400 Metallarbeiter in Hohenlimburg die Arbeit ein. Sofort kündigten die Unternehmer den am Streik unbeteiligten 3000 Arbeitern zum 1. Oktober — falls bis dahin keine Einigung erzielt sei. Zugleich drohte der Arbeitgeberverband, die gesamte Metallindustrie im Regierungsbezirk Arnsberg stillzulegen. Die Unternehmer verhinderten eine Einigung, lebten es ab, ein Schiedsgericht zu bilden und haben jetzt ihre Aussperrungsdrohung verwirklicht. Nach der gemeldeten Zahl der Aussperrten ist das Aussperrungsprogramm für den gesamten Regierungsbezirk damit noch nicht beendet.

### Stillelegung.

Weimar, 6. Oktober. (Wiener Drahtbericht.) Dem Antrage der hiesigen Pianofortfabrik Rombold auf Stillelegung ist vom thüringischen Wirtschaftsministerium entsprochen worden. Die Fabrik wird längere Zeit geschlossen bleiben. Angeblich spielt nicht nur Kreditmangel, sondern der Bankrott einer Auslandsbeteiligung der Firma eine ausschlaggebende Rolle bei dieser Stillelegung. Der nach dem Kriege aufblühenden Konkurrenz war die Firma infolge ihrer betriebs-technischen Rückständigkeit nicht gewachsen.

### Der Wiener Beamtenstreik vorläufig verhütet.

Wien, 5. Oktober. (U.) Der Exekutiv-Ausschuß der Wiener Beamtenchaft hat sich zu weiteren Verhandlungen mit der Regierung bereit erklärt und beschlossen, vom Streik vorläufig abzusehen.

### Das Arbeitslosenehend in Oesterreich.

Aus Wien berichtet W.B.: Der Versuch, 50.000 Arbeitslosen aus Oesterreich die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, ist gescheitert. Der Leiter des Auswanderungsamtes, Ministerialrat Wontel, ist aus Amerika zurückgekehrt. Seine dort geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

### Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Der „Kämpfer“ Nr. 16 ist fertiggestellt und kann im Bureau, Hindenstr. 3, 2. Hof, 2. Et., in Empfang genommen werden. Besonders die Vertreter des Klein- und Mittelbetriebs werden erlucht, rechtzeitig abzuholen. Parteiliches ist nicht zulässig. Bezirksverband Berlin der SPD., Betriebsvertrauensleute.

**Geographisches Gewerbe.** Der „Kämpfer“ Nr. 16 ist am Mittwoch, den 7. Oktober, im Gesellschaftsraum (Hennrich, Hagenstr. 41, ab 8 Uhr morgens abzugeben. Bitte machen die Abholung dieser Zeitschriften anrufen Genossen zur unbedingten Pflicht. Kein Betrieb darf hierauf fehlen. Der Betriebsausschuß.

**Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!** Am Mittwoch, den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsraum, Engelstr. 123, Saal 3, Versammlung aller Parteigenossen. Wichtige Tagesordnung. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig. Anwesenheit mitbringen. Der Betriebsausschuß.

**Zimmerer! Wachen.** Mittwoch, 7. Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 123, allgemeine Betriebsversammlung. Der große Betriebsausschuß, und welche Vorhaben wir besetzen? Kameraden, erwidert alle Wachen für Raum in dieser wichtigen Versammlung. Gleichzeitig weisen wir auf die heute abend 7 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses stattfindende große Betriebsversammlung hin und erlucht, die Jungwachen dabei die Beschlüsse aufmerksam zu machen.

**Firma Kaffel, Schwarztopf.** Wachen, Mittwoch, vormittags 11 Uhr, im Hofsaal Betriebsversammlung aller anwesenden Kollegen und Kolleginnen. Die Funktionäre treffen sich um 9 Uhr vorläufig. Alle beteiligten Gewerkschaftsvertreter würden bestimmt um 9 Uhr anwesend sein. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gohmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöner; Revolution: R. S. Pöcher; Polaris und Konflikte: Rich. Kahlert; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwirts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Verbandsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 1. Stern 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

# Beachten Sie unsere Preise!

## Herrenmäntel

- Ulster aus Flauchstoffen in verschiedenen Farben . . . . . 55.—
- Ulster aus Grätenstoffen mit Absteife, Schwedensform . . . . . 55.—
- Ulster aus mirrenge Cheviot, Diagonal und Plüschstoffen mit Ueberkaru, je nach Qualität . . . . . 60.—
- Ulster Ersatz für Mail, aus nervenragenden Velours- und Kattunstoffen, je nach Qualität . . . . . 80.—
- Winterpaletois mit 2- oder 3-reihigen, ein- und zweireihigen Form, schwarz, Cheviot u. Eskimo, je nach Qualität . . . . . 60.—
- Rock-Paletois, Marzeno-er, schwarz Cheviot sel. gen. Salinella, elegant, je nach Qualität, 100—, 95.—
- Modellmäntel aus vorwiegend Flauchstoffen in nervenragenden Ausführungen . . . . . 130.—
- Wettermäntel aus imprägnierten Lodenstoffen . . . . . 21.—
- Gummimäntel Stoffbezug, weite Schließform . . . . . 15.—
- Junglingsulster moderner Formen und Farben . . . . . 27.—

## Damenmäntel

- Damenmäntel aus vorzüglichem Flauchstoffen . . . . . 15.—
- Flotter Mantel aus Velours de laine, in herinner, grünem und grauen Farben, je nach Qualität 50.—, 55.—
- Fescher Damenulster, Herrensform, s. grün, u. mod. arb. Flauch, je nach Art, 50.—, 38.—
- Aparier Mantel Velours de laine, mit Pelzkragen (Biberette) in vorz. Qualität, Aermel u. Kragen mit breit. Pelzbesatz, Million, Bibe etc. oder Simulakrum je nach Art . . . . . 49.—
- Eleganter Mantel mit breit. Pelzbesatz, Million, Bibe etc. oder Simulakrum je nach Art . . . . . 67.—
- Damen-Renovmäntel s.ummierter od. Lodenstoffen von . . . . . 21.—

Gestreifte Herren-Hosen elegant Dessins von 6.25 an

## Gesellschaftskleidung

- Cutaway und Weste, marzeno und Moltoncheviot, je nach Qualität, 75.—, 60.—, 55.—
- Frackanzüge, Tuchkammern, elegante Ausführung . . . . . 90.—
- Smoking- und Abendanzüge aus le. neuem Drap- und Molton-Cheviot, je nach Qualität . . . . . 95.—
- Der vornehme Tanzanzug in vollendeter Paiform . . . . . 125.—

## Pelze

- Sportpelze, versch. Stoffbezüge mit Karminfärb., 150.—, 135.— 85.—
- Opossumsellen- od. Murmelstückerfutter mit austral. oder Opossumschweitzkragen, je nach Qualität, 250.—, 225.— 200.—
- Gehpelz, schwarze Tauchschmuckpelzbezüge Sealektro-stücken-Futter mit Reiterbeizkragen . . . . . 210.—
- Wahny- oder Multrasienfütter aus Oskierkragen, org. Ausfühg. . . . . 375.—
- Bism Rückenfüter mit erstem Sealetkragen . . . . . 575.—
- Damen-Pelzjacken lang und weit geschlitten, elegant gefüttert . . . . . 98.—
- Damen-Pelzschalls hochlegant s. Sealektro-Stücken . . . . . 25.—
- Damenpelzmäntel in großer Auswahl fertig am Lager, grü er. Triklotides mit Schalpefüter s. abill verarbeit. . . . . 190.—
- Jagdpelze mit Schalpefüter, je nach Qualität 91.— 85.—
- Herren-Pelzjoppen mit Schallefüter, Aermel-pelzfütterung, schneepelzbezug . . . . . 150.—
- Knaoen-Ulster geschmackv. Formen in reicher, Ausw. von 16.00 an
- Knaoen-Pylacks u. Mäntel blau Cheviot, warm gef. von 9.— an

# BAERSONN A.G. Eigene Kleiderwerke und Gummimantelfabrik

Berlin, nur Chausseestraße 29/30



Wenn seit Kriegsende der Zigarettenverkauf in Deutschland erheblich gestiegen ist, so hat das seinen Grund darin, daß die Männer, die im Schützengraben waren, es gelernt haben, ihr Hungergefühl durch Tabak zu betäuben. Ein weiterer Grund ist das, daß Ungezählte mit ihrem kleinen Einkommen, das ihnen nur ein paar Pfennige für andere lebensnotwendige Zwecke übrig läßt, jeden Erwerb verloren haben — mit den wenigen Pfennigen können sie jedoch nichts anfangen, und so legen sie sie zum allergrößten Teil in Rauchwaren an. Weil aber die Arbeiterbevölkerung der Hauptverbraucher der Zigarette ist, hat sie auch Interesse daran, über die Veränderungen, die im Preise und in der Qualität der Zigarette nach dem Kriege und durch die neuen Steueretze vor sich gegangen sind, etwas Näheres darüber zu erfahren.

### Die Preise.

Die neue Steuergegebung setzt an Stelle der bisherigen Banderolensteuer, die 40 Proz. des Kleinverkaufspreises betrug, eine 20prozentige Banderolensteuer und eine Materialsteuer in Höhe von 9 M. pro Kilogramm Tabak, unabhängig von der Qualität. Diese Steuer führt zu einer erheblichen Belastung der Zigaretten. Rechnet man, daß 1300 Gramm Tabak für 1000 Zigaretten verbraucht werden, so stellt sich die Materialsteuer auf 12 M. Nun zählt man für das Tausend 3-Pfennig-Zigaretten bisher 12 M. Banderolensteuer. Jetzt ergibt sich eine Steuerbelastung von 18 M. Bei der 4-Pfennig-Zigarette, die bisher mit Steuer von 16 M. belastet war, ergibt sich eine Steuer von 20 M. nach dem neuen Steuergesetz, bei der 5-Pfennig-Zigarette steigt die Steuerbelastung von 20 auf 22 M. Dagegen vermindert sich, um nur ein Beispiel, die 10-Pfennig-Zigarette, herauszugreifen, in dieser Preislage die steuerliche Belastung von 40 M. auf 32 M. Da die Zigarettenfabrikanten in der Hauptsache von dem Verkauf der billigen Zigaretten leben, so sinnen sie augenblicklich darüber nach, wie sie die vermehrten steuerlichen Lasten auf die Verbraucher abwälzen können. Es gibt da zwei Wege, nämlich entweder den der Gewichtserleichterung oder den der Qualitätsverschlechterung. Da das letztere zu einem Nachlassen des Konsums führen würde, werden die Fabrikanten aller Wahrscheinlichkeit nach den Weg der Verkleinerung der Konsumzigaretten wählen, eine Verkleinerung, die dem Raucher nicht sehr auffallen wird.

### Der Kampf gegen die Schleuderer.

Wenn man die Preisfrage der Zigarette behandelt, kann man nicht vorübergehen an den Kämpfen, die die Händlerorganisationen gemeinsam mit den Zigarettenfabrikanten gegen die Schleuderer führen. Bekanntlich ist die Zigarette ein Warenartikel. Und die Fabrikanten haben schon aus steuerlichen Gründen, weil bei ihnen ja die Zigarette gleich banderoliert wird und für die Banderole der Kleinverkaufspreis entscheidend ist, feste Kleinverkaufspreise festgelegt. Sie geben auf diese Kleinverkaufspreise je nach der Menge der Zigaretten, die ihnen abgenommen wird, einen Rabatt von 30 bis 40 Proz. Aus diesem Rabatt muß der Großhändler und der Kleinhändler seinen Verdienst herausholen. Kleinhändler, die, ohne den Umweg über den Großhändler zu benutzen, direkt von der Fabrik erhebliche Mengen Zigaretten beziehen, haben die Möglichkeit, einen Teil des Verdienstes, der dem Großhändler zugute kommt, dem Kunden abgeben und die Zigarette zu billigeren Preisen verkaufen zu können. Das stört natürlich die Kreise derjenigen Kleinhändler, und diese sind in der Mehrzahl, die in kleinen und kleinsten Partien ihre Ware vom Engros Händler beziehen, und da die Händlerschaft im Zigarettenhandel sehr stark und geschlossene Organisationen besitzt, haben sie sich zum Kampfe gegen die sogenannten Schleuderer entschlossen, d. h. sie haben einstweilige Verfügungen herausgebracht oder vielmehr die prominenten Fabriken veranlaßt, einstweilige Verfügungen herauszubringen, nach welchen es den Schleuderern unterlag, die Marken unter den von der Fabrik festgelegten Kleinverkaufspreisen zu verkaufen. Selbstverständlich werden die betroffenen Firmen gegen die Antragsteller, die Zigarettenfabriken, im Klagewege vorgehen. Eigentlich müßte dann eine Aufhebung der einstweiligen Verfügung erzwungen werden, und zwar aus folgenden Gründen: Wir stehen im Zeichen eines von der Reichsregierung beabsichtigten und unbedingt erforderlichen Preisabbaues. Man darf diese notwendige Preisabbaumaßnahmen nicht durch Verträge, die das Heruntergehen unter gewisse festgelegte Preise verbieten, verhindern. Deswegen verstoßen solche Verträge gegen Treu und Glauben und sind aus diesem Grunde nichtig. Aber selbst wenn derartige Entscheidungen ergehen würden, hätten die betreffenden Firmen von der Aufhebung der einstweiligen Verfügung keinen großen Nutzen. Die ziemlich stark geschlossenen Händlerverbände werden sich einfach an die Zigarettenfirmen wenden und ihnen damit drohen, daß ihre Marken von ihnen boykottiert werden, für den Fall, daß die Schleuderer mit ihren Marken beliefert werden, und gegen eine derartige geschlossene Front der Händler ist die einzelne Zigarettenfabrik, die ja für den Abfall auf die Händler an-

gewiesen ist, machtlos. Sie muß sich dem fügen. Hier kann nur ein Eingreifen der Behörden oder möglicherweise auch ein Boykott durch die Verbraucher für die Zigarettenfabriken, die den Verkauf ihrer Marken unter dem Kleinverkaufspreise verbieten, etwas helfen.

### Die Qualität der Zigarette.

Seit Beginn des Krieges hat die Qualität der deutschen Zigarette ganz erheblich gelitten. Es soll davon abgesehen werden, noch einmal die Zeiten zu schildern, in denen Erzeugnisse von Wald und Wiese den Hauptinhalt der deutschen Zigaretten bildeten. Aber auch die jetzigen Tabake, mit denen die deutschen Zigaretten gefüllt sind, sind durchaus nicht dieselben, die den Inhalt der deutschen Zigaretten vor dem Kriege bildeten. Ganz erklärlich: vor dem Kriege war der deutsche Zigarettenfabrikant der beliebteste Kunde der Tabakbauern im Orient. Infolge der günstigen organisatorischen Einrichtungen der deutschen Zigarettenfabriken waren die Ausstellungen, die der deutsche Zigarettenfabrikant machte, sehr gering, während die englischen und amerikanischen Abnehmer immer sehr erhebliche Reklamationen hatten. Während und nach dem Kriege verschwand der deutsche Zigarettenfabrikant als Käufer orientalischer Zigaretten tabake. Sie betamen ihren Tabak durch griechische Tabakhändler, die in Amsterdam, Hamburg und anderen Hafenorten ihren Bohnsitz aufgeschlagen hatten. Nach der Inflation mußten viele von ihnen infolge der erheblichen Verluste, die sie durch Kredite an deutsche Zigarettenfabriken erlitten, ihr Geschäft aufgeben. Die deutschen Zigarettenfabriken tauschten wieder durch eigene Einkäufer im Orient ein. Aber jetzt erhalten sie nicht mehr die besten Tabake, sondern diese gehen nach Amerika und England. Das ist sehr leicht begreiflich, da der Engländer und Amerikaner in der Lage ist, sofort bei Abschluß des Kaufes den Kaufpreis in gutem Gelde zu bezahlen, während der Deutsche höchstens eine kleine Anzahlung leisten kann und den Rest der Kaufsumme bei Ankunft des Tabaks an seinem Bestimmungsorte bezahlt. Er muß sich also infolge der ungünstigen Geldlage mit dem Tabak begnügen, den die Engländer und Amerikaner übrig lassen. Und daß das nicht der beste ist, erscheint selbstverständlich. Immerhin sind die Unterschiede so gering, daß sie nur einem Kenner auffallen können.

Man kann das Ueberhandnehmen des Zigarettenrauchens bedauern, die Tatsache aber, daß die Zigarette das Feld beherrscht, ist nicht zu leugnen. Nur wäre zu wünschen, daß hier auch ein gewisser kultureller Einschlag das Uebermaß mäßigte. Die völlig verquainten

## Das unbegreifliche Ich.

Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigter Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

„Was ist denn?“ fragte Samuelsen. Sie waren beide zurückgekommen.

„Ach, ich atmete schwer, da kam ein Schornsteinfeger — mit einer Leiter — da — da!“

„Das ist bloß ein Brunnen!“ lachte Bang.

„Sahst du nichts über den Gräbern?“ fragte Samuelsen böse.

„Ja, ja. Es liefen tote Leute hinter ihnen herum. Sie bückten sich, aber ich konnte ihre Rücken in die Höhe ragen sehen!“

„Hast du kein Licht gesehen?“

„Ja, den Mond!“

„Er hat gar nichts gesehen!“ bemerkte Bang überlegen.

„Von den violetten Aethertörpern über den Gräbern hat er keine Spur gesehen.“

„Doch — na — nein!“ sagte ich.

„Ich dachte es mir schon,“ sagte Bang zu Samuelsen, „das astrale Gesicht ist selten.“

„Ja, aber ich habe einmal die Stwaugen bei dem Jungen leuchten sehen — vor vielen Jahren,“ antwortete Samuelsen.

„Das bedeutet noch gar nichts!“ brummte der andere.

Wir näherten uns dem Ausgang, und Bang ließ uns heraus.

Auf dem Nachhausewege ging Samuelsen mit schnellen, zornigen Schritten, so daß es mir schwer fiel, ihm zu folgen, und als wir in den Laden gekommen waren, befahl er mir grob, mich ins Bett zu scheren.

Den nächsten Tag hatte ich Fieber und phantasierte.

„Solche Wäghen kannst du mir nicht vormachen!“ knurrte Samuelsen und zwang mich brutal, aufzustehen; doch als er mich eine Stunde lang im Geschäft hatte herumschwanken sehen, befahl er mir wieder, ins Bett zu gehen.

Hier lag ich ein paar Tage. Manchmal setzte er eine Tasse Tee oder etwas Essen zu mir herein und ging dann wieder. Kein tröstendes Wort hatte er für mich. Sein Gesicht verriet die größte Gleichgültigkeit mir gegenüber.

Schließlich bekam er es satt, allein im Laden zu bedienen, und befahl mir wieder, aufzustehen. Ich fühlte mich ihm

gegenüber wehrlos. Er erfüllte den ganzen Raum um mich mit Gemeinheit, er füllte Leben und Sterben mit Gemeinheit. Nirgends war Ruhe vor ihm und seinen Geiftern. Selbst wenn ich Selbstmord beginge, konnte ich ihm nicht entgehen. Nach dem Tode wartete eine Welt, und die Welt war Samuelsen.

Ich stand auf, ohne Kraft weder zum Leben, noch zum Sterben. Meine Tage wurden wieder zur Hölle. Stets stand eine Tür hinter meinem Rücken angelehnt. Jedes Wort, jeder Gedanke, jede Rechnung verursachten mir einen stechenden Schmerz.

Am nächsten Sonnabend bekam ich kein Taschengeld.

So verfloß ein Monat. Ich ging beständig wie in halber Betäubung im Laden umher, und wenn ich am Abend ausgeräumt und den Boden gescheuert und den Mülleimer hinausgetragen hatte, zog ich mich auf mein Zimmer zurück und las Rick Carter.

Eines Tages gab ich einem Kunden zu wenig Geld zurück. Der Kunde kam wieder. Ich betrachtete das Geld und steckte es dann in meine Tasche.

Am Abend ging ich aus. Ich war lange Zeit nicht in die frische Luft gekommen und fühlte mich schwach in den Beinen wie ein Rekonvaleszent.

Unten in Nyhavn ging ich in die erste beste Kneipe. Ein starker Lärm schlug mir entgegen. Wir stiegen von dem Tabakrauch die Tränen in die Augen.

An einem freien Tisch setzte ich mich hin. Ich schwigte vor Angst. Die Luft war voll von Trinkerseelen aus dem Totenreich, wußte ich, und auch die Atmosphäre war mit einer gefährlichen Elektrizität geladen.

„Was kostet ein Bier?“ fragte ich einen schwarzhaarigen Kellner.

„Weiß der Herr das nicht einmal?“ grinste der. Die Baden warfen dicke, rote Falten.

Ich nahm das Geld aus der Tasche und klatschte es auf den Tisch.

„Bier für das Ganze da!“

„Das wird gar nicht so viel Bier, als der Herr sich denkt!“ antwortete er und verbeugte sich unnatürlich tief.

Als ich mein Bier getrunken hatte, erhob ich mich enttäuscht und ging auf die Straße hinaus.

Hier blieb ich erst etwas stehen. Dann zog ich meine Mühe über die Augen und fing an, wie ein Betrunkener hin- und herzuschwanken. Ich sang vor mich hin und schlug mit den Armen aus.

„Gott, seht mal den Jungen, er ist betrunken!“ rief ein dickes Weibsbild, das in einer Haustür stand.

Ich schwankte heftig und ließ mich an der Hauswand heruntergleiten. Dann kroch ich ein Stück weiter und tat, als ob ich nur mühsam hochkäme. Jedesmal, wenn ein paar gutgekleidete Menschen vorbeiging, tat ich ein paar kräftige Schritte seitwärts. Sie drehten sich sicher um! Sie waren entsetzt über den jungen Mann, der betrunken war, und der junge Mann, das war ich, und ich war es auch, der im Begriff stand, so zu verkommen. Es war prachtvoll!

Ich legte einen langen Weg im kräftigen Zickzack zurück. Nur wenn ich einen Schuhmann bemerkte, gab ich das Spiel auf.

Auf diese Art unterhielt ich mich mehrere Abende hintereinander. Ich nahm etwas Geld aus der Schublade, ging hin, trank ein Glas Bier und spielte auf dem Heimweg den Betrunknen.

Dann kam mir ein neuer Einsinn. Ich war einäugig. Mit großer Mühe übte ich mich darin, mein eines Auge geschlossen zu halten, und machte lange Spatzergänge auf die Art.

Fand ich, daß dies nicht das nötige Aufsehen erregte, fragte ich die Leute nach dem Weg oder nach der Uhr. Sie sollten sehen, daß ich einäugig war.

Eines Abends, als ich hinkte, traf ich Sejr unten in der Bredgade.

„Hallo, Sejr, nanu, bist du das?“ schrie ich mit lärmender Stimme.

„Ach du, Waldemar?“ fragte er überrascht und zögernd, und ich wurde wütend über seine reservierte Haltung.

„Bist du auf dem Tanzbums gewesen?“ fragte ich so derb wie möglich, „Donnerwetter, hast du dich aber rausgepuht, du hast dich wohl mit Mädels rumgetrieben?“

Er stand da und sah mich mit klaren, ruhigen Augen an.

„Bist du so einer geworden, Waldemar? Und du hinkst? Was hast du denn mit deinem Bein gemacht?“

„Ach, ich hatte einen Stigen und fiel von einem Straßenbahnwagen runter. Es ist verdammt komisch, wirklich verdammt komisch, daß sie mir nicht das ganze Bein abgefahren haben.“

Er starrte mich eine Weile an. Seine ablehnende Haltung und sein funkelnagelneuer Schlips machten mich rasend.

„Hast du ein Bordell besucht, was?“

„Ich bin im R. B. S. M. gewesen; aber ich kann nicht vergeffen, daß du —“

(Fortsetzung folgt.)

**Verfassungs- und Beratungszimmer**, deren Luft man schneiden kann, zeigen, daß hier gelüftet wird. Es mutet geradezu paradox an, wenn z. B. der Redner einer Sportvereinigung begeistert Licht, Luft und Sonne preist, während seine nicht minder begeisterten Zuhörer mit vollen Lügen rauchen und so auf ihre Art für — frische Luft sorgen. Niemand öffnet die Fenster. Aber vielleicht läte es einer, wenn man ihm eine Zigarette gäbe.

### Geheimnisvolles Verschwinden eines Chauffeurs. Auf der Spur eines Verbrechens?

Das rätselhafte Verschwinden eines Kraftfahrzeugführers beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Der Vermißte ist der 46 Jahre alte Chauffeur Anton Polczynski aus der Beußelstraße 5, der bei einem Kraftfahrzeugbesitzer am Schleswiger Ufer angestellt war.

In den frühen Morgenstunden des gestrigen Montag — gegen 4 1/2 Uhr — wurde eine Autodrochke mit der Erkennungsnummer I A 8383 beobachtet, die, vom Alexanderplatz kommend, die Landsberger Straße in der Richtung nach dem Landsberger Platz entlangfuhr. Der Wagen fuhr in einem Zigzagskurs, der Motor knatterte überlaut und aus dem Auspuffrohr sah man Funken herausfliegen. Alles Anzeichen, die darauf hindeuteten, daß das Fahrzeug an Öl- und Wassermangel litt. Als der Wagen sich dem Landsberger Platz näherte, stießen diese Umstände anderen dort mit ihren Autos haltenden Drochkechauffeurs auf. Sie schüpften Verdacht und nahmen die Verfolgung auf. Es gelang ihnen, ihn kurz vor dem Friedrichshagen zu erreichen und zum Anhalten zu bringen. Der Mann, der am Steuer gesessen hatte, sprang sofort heraus und entkam in den dunklen Park. Bei der Untersuchung des angehaltenen Autos stellte sich heraus, daß die Tachometeruhr den Fahrpreis von 8,40 M. anzeigte. Der Wagen muß also eine sehr lange Fahrt hinter sich gehabt haben. Die von der Kriminalpolizei sofort angestellte Untersuchung hat bis zur Stunde nichts feststellen können, was aus dem Chauffeur des Wagens, Polczynski, geworden ist. Wie die Ermittlungen ergaben, ist P. am Sonntag zur Mittagszeit vom Hofe seines Fahrers abgefahren und hat vermutlich im Laufe des Tages 10 bis 12 Fahrten gemacht. Demnach muß er sich im Besitze von etwa 70 bis 80 M. Fahrgeldern befinden haben. Es wird vermutet, daß der Verschwindende einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Für die Kriminalpolizei ist es von größter Wichtigkeit, festzustellen, wo der Wagen I A 8383 gesehen worden ist und vor ihn zu einer Fahr angenommen hat. Für den Fall, daß Polczynski tatsächlich das Opfer eines Verbrechens geworden ist, wird voraussichtlich auf die Ermittlung des Mörders eine hohe Belohnung ausgesetzt werden. Mitteilungen erbittet die Nordkommission, und zwar die Kommissare Trettin und Dr. Bernsdorf, im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

### Ein Eisenbahnentat vereitelt. 1000 Mark Belohnung!

Durch die Aufmerksamkeit zweier Weichenwärter vom Stellwert des Bahnhofes Rummelsburg wurde am Montag morgen ein Eisenbahnentat vereitelt, das Bubenhände in unmittelbarer Nähe von Berlin auf einem Borort- und Fernbahngleise vorbereitet. Der nächste Zug, der die gefährliche Stelle hätte passieren müssen, war der Zug 4309, der um 5 Uhr 25 Minuten vom Schlesischen Bahnhof nach Straußberg abfährt.

Die beiden Wärter beobachteten, wie mehrere hundert Meter vom Bahnhof entfernt nach Berlin zu auf einem Gleis wiederholt Licht aufblitzte und gleich wieder erlosch. Nichts Gutes ahnend, eilten sie vom Stellwert hinunter nach der beobachteten Stelle, um die Quelle dieses Lichtes zu suchen. Als sie sich ihr auf einige 30 Meter genähert hatten, sahen sie, daß ein Mann vom Bahnkörper hinunterließ; er kletterte über den Vallenbaum, der die Böschung des Bahnkörpers von der Straße trennt, und lief dann hinter diesem Baum in der Richtung nach der Karlshorster Straße zu davon. Die Weichenwärter machten sofort Meldung, und Kriminalbeamte stellten fest, daß ein Anschlag auf einen Eisenbahnzug geplant war. Auf einem Gleis, auf dem Borort- und Fernzüge verkehren, war in der Nähe des Alkometersteins 29 von einer Schienenlosche eine 5 Zentimeter starke Schraubenmutter bereits ganz und eine zweite halb abgeschraubt. Das Gleis sollte also nach dem Plan des Verbrechens gelockert und aufgedrückt werden. Um in der Dunkelheit die Vorlage zu finden und seinen Schraubenschlüssel ansehen zu können, ließ er wiederholt das Licht seiner elektrischen Taschenlampe aufblitzen. Auch den Schraubenschlüssel fand man, ebenso eine 1 Meter lange Schnur, mit der der Verbrecher das Werkzeug, vielleicht in Papier eingewickelt, wahrscheinlich verschürt gehabt hat. An ihr befinden sich zwei Schließen aus grauem Korsettband. Schlüssel und Schnur wurden fotografiert und werden auf dem Lichthof des Polizeipräsidiums zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt. Auf die Ermittlung des oder der Verbrecher hat die Eisenbahnverwaltung eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Walter Müller im Zimmer 108 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 635, entgegen.

### Neue Wasserversorgung für Friedenau und Grunewald.

Nachdem die Stadivordneterversammlung der Ründigung der mit der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke L. G. abgeschlossenen Wasserlieferungsverträge für die Ortsteile Friedenau und Grunewald (Gemeinde) zugestimmt hat, ist die Ründigung nunmehr erfolgt. Die Versorgung von Friedenau wird dementsprechend am 1. Januar 1930 und die Versorgung von Grunewald am 1. Oktober 1930 von den städtischen Werken übernommen werden. Friedenau wird wegen seiner Nachbarschaft mit Steglitz von dort aus Wasser erhalten, während Grunewald voraussichtlich an das städtische Netz in Charlottenburg angeschlossen werden wird. Der Wasserverbrauch von Friedenau dürfte sich zurzeit auf nahezu zwei Millionen Kubikmeter im Jahre und der von Grunewald auf eine halbe Million Kubikmeter belaufen.

### Republikfeier in Möncheberg und Belgig.

Das sonst so stille materische Städtchen Möncheberg — der Berliner kennt nur die Station Dahmsdorf-Möncheberg — hatte am vergangenen Sonntag seinen großen, seinen republikanischen Tag, sehr zum Verdruß seiner bürgerlichen, stark nationalistischen Bevölkerung, der ein paar Tage vorher eine Hindenburg-Demonstration des Stahlhelms mit einhunderttausend Männern kläglich vorbeigelungen war. Das Reichsbanner brachte wohl an die 800 Mann auf. Reutköln, Lichtenberg, Weißensee, Köpenick, Zehlendorf waren stark vertreten. Der Eindruck war wichtig und kraftvoll. Eine prächtige alte schwarzrotgoldene Fahne aus dem Jahre 1848 wurde vom Kameraden Küter neu geweiht. Der Höhepunkt des Tages war die Weiserebe des Senatspräsidenten Großmann für das neue Banner. Der Redner fand besonders eindringliche und treffende kennzeichnende Worte für die ganz und gar undeutsche Haltung des typischen schwarzweißroten Spiel- und Pöhlbürgers und die

Charakterlose Haltung so mancher Beamter, die sich noch immer nicht entschließen können, dem neuen Staat und seinen neuen Farben die gebührende Achtung entgegenzubringen. Schwarzweißrot sei ein bismärkisches Verlegenheitsprodukt gewesen. Indes war schwarzrotgold die Farbe des deutschen Einheitsstaates, in dem alle Deutschen in Deutschland und Oesterreich glücklich werden können. Das Fest, dem auch das Wetter hold war, verlief in prächtiger Harmonie.

Am letzten Sonntag fand in Belgig die Fahnenweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Die Festrede hielt Franz von Puttkamer, die Weihe der Fahne nahm Kamerad Schneider vom Gauvorstand vor. Er weihte die Fahne mit dem Spruche von Ernst Moritz Arndt: „Hebt das Herz, hebt die Hand,

## Wähler-Kundgebungen

am Dienstag, den 6. Oktober, 7 1/2 Uhr abends

- Mitte: Rusterstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
- Liergarten: Arminiushallen, Bremer Straße 71.
- Nationalhof Bülowstraße 37.
- Wedding: Pharusstraße, Müllerstraße 142.
- Prenzlauer Berg: Oberrealschule, Pasteurstraße 44.
- Friedrichshagen: Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21.
- Kreuzberg: Rabe, Fichtestraße 29.
- Charlottenburg: Leibniz-Oberrealschule, Schillerstraße 126.
- Wilmerdorf: Spichernstraße, Spichernstraße 3.
- Schöneberg: Uhlenschule, Kolonnenstraße 24.
- Sleglitz: Oberrealschule, Eifenstraße.
- Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserstraße.
- Neukölln: Wintergarten (Schultheiß), Halenstraße 22.
- Treptow-Baumshulenkweg: Nischle, Am Treptower Park 26.
- Köpenick: Stadttheater, Friedrichstraße 6.
- Bohnsdorf: Lokal Schulz, am Dorfsteil.
- Lichtenberg: Teclien-Lyzeum, Rathausstraße 8.
- Weißensee: Borussia-Brauerei, Berliner Allee 202.
- Pankow: Linder, Breite Straße 32.
- Reinickendorf: Ramlow, Kastanienwäldchen, Schönholz 14.

Redner: **Auffhäuser, Clara Bohm-Schuch, Drolat, Crispian, Czjemin, Eckardt, Flatau, Dr. Käthe Frankenthal, Gutshmidt, Haß, Ad. Hoffmann, Hörsing, Horlich, Heilmann, Kuttner, Künzler, Dr. Lohmann, Löbmann, Dr. Devi, Effe, Leid, Otto Meier, Mielch, Dr. Moses, Rohde, Reuter, Elisabeth Riedger, Reimann, Scheidemann, Stampfer, Stellung, Adele Schneider-Krieger, Rob. Schmidt, Ulrich, Dr. Weyl, Dr. Weinberg, Wendt, Wermuth, Dr. Witte.**

### Mittwoch, den 7. Oktober, 7 1/2 Uhr abends:

- Prenzlauer Berg (31. Abt.): Schulaula Schönfließer Str. 7.
- Schöneberg: Siedlung Lindenhof im Ledigenheim.
- Johannisthal: Botha (Parkrestaurant), Stubenrauchstraße.
- Friedrichshagen: Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137.
- Niederhohenschulden: Sanssouci, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Redner: **Clajus, Gebauer, Heilmann, Hiege, Kasper, Dr. Lohmann, Lemperl, Rohde, Reimann.**

### Tagesordnung in allen Kundgebungen:

„Der Rechtskurs in Deutschland und die Parteien!  
Warum muß Berlin am 25. Oktober  
sozialdemokratisch wählen?“

wehe schwarzrotgoldene Fahne, daß sich jede Brust ermanne für das heilige Vaterland. Mache stolzes Ehrenzeichen alle Männer ehrenfest, daß sie tausendmal erbleichen, wenn nur einer Dich verläßt.“ Die Fahnen senten sich dann zum Andenken der Opfer des Weltkrieges und zum Andenken an die ermordeten Führer der Republik.

### Neuer Brand in der Stallschreiberstraße 30.

Am Montag abend kam in der Stallschreiberstraße 30 zum zweitenmal innerhalb einiger Tage Feuer aus. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl schon an mehreren Stellen in solcher Ausdehnung in Flammen, daß der Zug I aus der Lindenstr. längere Zeit löschte, um des Feuers Herr zu werden. Der Dachstuhl konnte nicht mehr gerettet werden. Er brannte zum größten Teil nieder. Erst in später Nachstunde konnte die Wehr wieder abrücken. — Gleichzeitig wurde ein Großfeuer aus Schöneberg gemeldet. Dort standen nachts die Stallungen und Wirtschaftsgebäude einer Metzgerei und eines Produktengeschäftes am Brieserweg 11 bei Süden in Flammen. Erst nach längerem Löschen hatten die Wagen das Feuer in der Gewalt. In beiden Fällen ist der Schaden erheblich. Man vermutet Brandstiftung. Die Polizei nahm zahlreiche Feststellungen vor.

### Brand in einem Schupo-Munitionsdepot.

Auf dem Grundstück der ehemaligen Garde- Dragonerkaserne in der Wälderstr. 26 kam in einem Schuppen, der der Schupo-Polizei-Inspektion Reutköln als Munitionsdepot dient, Feuer aus. Der Nachtposten hatte in der Nacht und auch morgens früh nichts Verdächtiges wahrgenommen. Um 9 Uhr saßen Schupobeamte vom Hofe aus leichte Rauchschwaden aus dem Dach aufsteigen. Sie eilten sofort auf den Boden und dämmten das Feuer mit Löscharparaten ein. Die Feuerwehr, die dann mit zwei Zügen eintraf, löschte es mit einer Schlauchleitung.

### Zurück zur Melone!

Seit einigen Tagen geht sie um, die Formel! „Zurück zur Melone!“ so heißt das Schlaggeschrei der Futgestalt. Die Melonenform ist modern, oder soll modern gemacht werden, was aber noch lange nicht sagen will, daß sie Gefallen findet. Zwar haben einige Stutzer vom Kurfürstendam ihr Haupt mit der Melone geschmückt, aber es sind ja eben die von der „Kode“... Die Geschichtsleute geben sich alle Mühe, eine große Kellame zu entziffern, um die Vorübergehenden an den Schaufenstern zum Stehenbleiben zu veranlassen. Riesenhüte in Größenformaten von 80—100, vielelei für Elefantentücken passend, ruhen still und friedlich neben braunen und grauen Glöcken, Schlapphüten in allen Farben mit allen möglichen Kniffen und Ecken. Durch die Straßen rasen Autos mit phantastischen Köpfen, bedeckt mit riesigen Hutformen. Und die

Quintessenz? Kauft Hüte, denn auch die Hutindustrie muß existieren, die Hutmacher wollen leben, vertauscht den schlechten Sommerhut mit der eleganten „Melone“, dann ist alles gut.

### Die Millionenerbschaft aus Mexiko.

Mit einer reichen Phantasie begabt, hat Lu J., eine 19jährige, zierliche Verkäuferin, zusammen mit ihrem Freunde, dem 18jährigen Wilhelm L., einen kleinen Erbschaftsschwindel in Szene gesetzt. Das Pärchen, das im Grand Café Schöneberg verkehrte, hatte mit drei anderen Paaren einen Gesellschaftsklub gegründet. Eines Tages erschien Lu mit hocherfreutem Gesicht in dem Freundeskreis und erzählte, daß sie Millionenerbin geworden sei. Ihr Onkel, der verstorbene Präsident Calles von Mexiko, habe ihr 11 Millionen hinterlassen. An die Erbschaft sei die eine Bedingung geknüpft, daß sie ihren Freundeskreis in großzügiger Weise bedenken müsse. Lu erklärte auch großmütig, daß sie das ohne weiteres tun würde. Als Millionenerbin könne sie doch nicht weiter kleine Verkäuferin bleiben und müsse, bis die Dollar aus Mexiko eintreffen, etwas Geld in der Hand haben. Einer der Freunde wandte sich an seinen Vater, der auch 850 Mark vorstrecken wollte, wenn er Unterlagen bekomme. Dazu war Lu auch gleich bereit, und schon am nächsten Tage brachte sie eine Urkunde mit der Unterschrift eines Rechtsanwalts, auf der bescheinigt wurde, daß Senoia Franca Calles Erbin von 11 Millionen Mark sei. Ein anderer Freund bewog seine künftige Schwiegermutter zur Hergabe von noch 150 Mark, nachdem das Schwindlerpärchen auch noch eine Bescheinigung der mexikanischen Gesellschaft vorgezeigt hatte. Sämtliche Schriftstücke waren natürlich gefälscht und die Hoffnung des Freundeskreises auf den Goldregen aus der mexikanischen Erbschaft erwies sich als trügerisch. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte die beiden jugendlichen Schwindler zu je 3 Monaten Gefängnis, gab ihnen aber auf die Vorstellung des Verteidigers Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 150 Mark.

Eine Anaberturnabteilung wird heute, Dienstag, in der Turnhalle Forster- Ecke Reichenberger Straße eröffnet. Turnzeiten: Dienstag 6—8 Uhr, Donnerstag 6—7 Uhr.

Neue Straßenbahnlinie Reinickendorf-Neukölln. Am Montag, den 5. Oktober, wurde eine neue Straßenbahnlinie 182 Reinickendorf, Pantower Allee-Reutköln, Reutköln-Allee in Betrieb genommen. Die Wagen verkehren von Reinickendorf über Reinickendorfer Straße, Weddingplatz, Gausseestraße, Oranienburger Tor, Weidenhammer Straße, Unter den Linden, Charlottenstraße (wie Linie 82) und dann Jerusalem Kirche, Oranienstraße (Morigplatz, Oranienplatz, Kottbuser Tor, Kottbuser Platz, Hermannplatz, Kaiser-Friedrich-Straße, Herzbergplatz, Richardplatz und Conner Straße. Der Betrieb erfolgt in Abständen von 15 Minuten nur an Werktagen zur Unterstützung der Linie 82 auf ihrem nördlichen und der Linie 98 auf ihrem südlichen Teil.

Einem Beethoven-Brachms-Abend vorausfolgt heute abend das Wihlharmonische Orchester (Dirig. Prof. Brämer). Das Programm enthält u. a. 4. Sinfonie Beethoven, Konzert für Violine und Violoncello — Brachms, vorgetragen von Konsermeister Goltz (Viol.) und Plattgordt (Cello).

### Mordprozess in Wien.

Ein Wiener Nationalsozialist unter Mordanklage. Vor dem Wiener Schwurgericht begann der Prozess wegen der Ermordung des Schriftstellers Bettauer. Der Angeklagte, der 24jährige Jahntechniker Otto Kottstod, ist Mitglied der Nationalsozialisten und wird von dem Führer der Wiener Hakenkreuzer Dr. Niehl verteidigt. Kottstod war während der Untersuchungsphase von dem Sachverständigen als geisteskrank erklärt worden, ein Gutachten der Wiener medizinischen Fakultät kam aber zu einer anderen Auffassung und erklärte, daß Kottstod nur ein jugendlicher Wirtkopf sei. Infolgedessen wurde er wegen Mordmordes angeklagt. Bettauer, so erklärte er, habe durch seine Schriften vielen Leuten das Leben geraubt, und er selbst habe ihn nur (i) aus dem Leben drängen wollen. Dazu habe er das Recht gehabt! Dazu habe ihn sein Gewissen und Gott getrieben. Interessant ist, daß der Angeklagte, der sich als wilder Hakenkreuzler und Nationalsozialist gebärde, selbst zugibt, daß er, als er nach Wien kam, die deutsche Sprache überhaupt noch nicht beherrschte, sondern sie erst in Wien erlernte.

### Sturmunglück der finnischen Flotte.

Ein Torpedoboot mit 47 Mann vermißt. Während eines Manövers der finnischen Flotte wurde, wie dem Sozialdemokratischen Pressebüro aus Stockholm gemeldet wird, ein Geschwader im Bottnischen Meerbusen von einem orkanartigen Sturm überfallen. Zwei Torpedoboots sind gestrandet, ein anderes mit einer Besatzung von 47 Mann wird vermißt und darf nahezu verloren sein. Eine spätere Meldung von WTB befragt, daß inzwischen das Kanonenboot Hämeenmaa in Wolsa, das zweite Torpedoboot in Björneborg eingelaufen ist. Diese Schiffe haben nur leichte Beschädigungen davongetragen. Militärflugzeuge sind an die Unglücksstelle vor Björneborg entsandt worden. Die schwedische Regierung bot für die Nachforschungen Schiffe, der italienische Gesandte zwei italienische Flugzeuge an. Legationsrat Dr. Böckers übermittelte der Regierung das Beileid der deutschen Regierung. Das verschollene Torpedoboot S. 2 war im Jahre 1900 gebaut worden und hatte eine Besatzung von 47 Mann.

### Explosionsunglück in Tilsit.

Fünf Tote und elf Verletzte. Königsberg, 5. Oktober. Nach Meldungen aus Tilsit ereignete sich in der Zellstoffabrik Tilsit-Ragnit ein schwerer Unglücksfall. Der Dampfessel einer Werkstoffmaschine explodierte. Es sind fünf Tote und elf Verletzte festgestellt worden. Von den Verletzungen sind einige sehr schwerer Natur. Teile des Kessels durchschlugen das Mauerwerk eines in der Nähe befindlichen Werkgebäudes.

### Schwerer Eisenbahnunfall in Chemnitz.

Drei Reisende tot, zwölf verletzt. Als der am Montag abend um 6 1/2 Uhr fällige Personenzug von Reiner s-dorf in den Hauptbahnhof Chemnitz einfuhr, stürzte infolge falscher Weichenstellung ein Personenwagen um. Drei Reisende wurden getötet, 12 leicht verletzt.

**150000** für frohe Gesichter!  
Kein Scherz, kein Film, kein Preisanschreiben.  
Vom 14. Oktober ab werden täglich zehn 50 Mark Scheine an frohe Gesichter verteilt.

### Die rote Hofe.

Mit sehr geräuschvollen Fanfarenklängen ist — ausgerechnet — die Deutsche Volkspartei in ihren schwarzweißroten Wahlkampf gezogen. Seit Sonntag klebt an den Litsfasäulen das erste Werbeplakat dieser famosen Konjunkturpolitiker, die bekanntlich in allen Sparten politischer Gestaltung trainiert sind. Ein unbestimmtes Ungeflüm, das wohl den Berliner Bären darstellen soll (so mag sich der Berliner Spieker diese Tiergattung aus seinen Zoostudien vorstellen), ist gerade dabei, sich eine feuerrote Badehofe mit heroischem Ungeflüm vom göttigen Schwerindustrielleib zu reißen. Die Kettenstrenger von anno 1920 sind also zu recht kläglichen Hofentlästern geworden. Nach diesem wirklich verheerungsvollen Luftstich ist mit einer nationalsozialistischen Schmutzoffensive von wirklich kernigem Format zu rechnen. Wenn es mit sachlichen Argumenten so ungewöhnlich kläglich steht, wie für die Rechte insbesondere bei diesen Stadtverordnetenwahlen, so nimmt man seine Zuflucht zu minderwertigen Illustrationen, deren unfreiwillige Komik sich allein gegen die Verfälscher und Besteller solcher Wahlsubelen richten kann. Die volksparteilichen Propagandisten mögen unbefangt sein: die Badehofe allein genügt dem republikanischen Berliner Bären nicht mehr. Es muß schon ein komplettes Kostüm sein. Mag die Zolklumpen auch noch so sehr versuchen, getreu ihrer Auswucherungstradition den Massen Berlins den letzten Fetzen vom Leibe zu reißen, das Volk will Männer der Tat, nicht des Mauls und der Hege. Das zu bewirken, ist im Interesse des Volkes von Berlin am 25. Oktober die Pflicht aller freiheitlich gesinnten Wähler.

### Ein Versuchsballon.

In ihrer Eut darüber, daß die Schiedung mit ihrem famosen Herrn Benete gründlich vorbeigelungen ist, gefallen sich die Volksparteier in der Erfindung von allerhand Märchen, die bei den Stadtverordnetenwahlen dem braven Bürgersmann die ganze Schrecklichkeit der kommenden sozialistisch-kommunistischen Herrschaft vor Augen führen sollen. Fürchterliches planen die Sozialisten! Schon haben sie ihre Kandidaten für den Stadtschulratsposten zur Verfügung. Gleich drei auf einmal. Pausen soll es sein, dann der viel gefährlichere Löwenstein und als aller schlimmstes Schredgespenst Dr. Lohmann. Lohmann wird aus Anlaß dieser Werbung sogar zum Leiter des sozialistischen Erziehungsweises befördert, was ihn sicher sehr freuen wird. In Wirklichkeit haben die Sozialdemokraten augenblicklich ganz andere Sorgen, als sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Erst gilt es einmal, die deutschnational-kommunistischen Kadawmacher im Rathaus so zurückzubringen, daß sie nichts mehr zu sagen haben, und die Volksparteier so gründlich zu schlagen, daß ihre eingebildeten Führer endgültig darauf verzichten, sich als Rettungselend des bedrohten Bürgertums aufzuspielen. Beides werden die Sozialdemokraten bei der Wahl sehr gründlich besorgen und dann wird sich auch mit anderen Parteien, die zu sachlicher Arbeit für die Gemeinde bereit sind, darüber reden lassen, wer an die Spitze des Berliner Schulwesens gestellt werden soll. Das wird aber höchstwahrscheinlich auch ohne die Volkspartei und ohne Herrn Benete gehen!

### Gegen die Paul-Singer-Straße.

Wir niederten bereits, daß im Verwaltungsbezirk Friedrichshain von den sozialdemokratischen Stadtverordneten die Anregung gegeben worden ist, das Andenken unseres vor anderthalb Jahrzehnten verstorbenen Genossen Paul Singer dadurch zu ehren, daß der Grüne Weg in Paul-Singer-Straße umbenannt wird. Der auf Antrag unserer Genossen in der Bezirksversammlung Friedrichshain zustande gekommene Beschluß, das Bezirksamt zu ersuchen, daß es auf eine solche Ehrung Paul Singers hinwirken möge, bedeutet leider noch keine letzte Entscheidung; aber die rechtsstehende Presse hat sofort ein wütendes Geschrei erhaben. Jetzt meldet sich in der Stadtverordnetenversammlung die Deutsche Volkspartei mit einem Antrag, die Stadtverordnetenversammlung solle den Magistrat ersuchen, daß er seine Zustimmung zu dieser Umbenennung verweigert. Die Herrschaften wissen sehr wohl, daß unser Genosse Paul Singer auf die Entwicklung der Stadt Berlin einen stärkeren und segensreicheren Einfluß ausgeübt hat als die ganze Deutsche Volkspartei es jemals vermochte. Aber sie kann es nicht vertragen, daß eine Straße nach dem Sozialdemokraten benannt wird.

### Dem Osten ein Stadion.

Seit langem ist es schon der Wunsch der Sportler im Berliner Osten, für ihre Übungen nach der harten Tagesarbeit ausreichende Spielplätze zur Verfügung zu haben. Die Möglichkeiten sind in dieser Hinsicht jedoch sehr beschränkt. Den zahlreichen Sportvereinen im Bezirk Friedrichshain steht nur der Spielplatz im Friedrichshain zur Verfügung, der wohl im Vorjahr durch das richtige Bezirksamt einen guten Ausbau erfahren hat, dessen Räumlichkeiten aber immer noch nicht genügen, um allen Wünschen gerecht zu werden. Seit dem Vorjahr hat sich die Zahl der dem Platz Anspruch nehmenden Sportler um mehr als tausend vermehrt. Auch die Arbeiterportler sind am Ausbau des Platzes außerordentlich stark interessiert. Damit allen Sparten Gelegenheit zu ausreichenden Übungen ihrer besonderen Art gegeben werde, hatte das Jugendamt schon für die Beschaffung von Turn- und Spielgeräten gesorgt, für deren zweckentsprechende Aufstellung es jedoch nunmehr wieder zur Teil an Platz mangelt. Vor allem wird es unter den Sportlern als besonderer Mangel empfunden, daß kein geeigneter Platz für Diskus- und Speerwurf vorhanden ist. Hierfür Raum zu schaffen, wird dringende Aufgabe des Bezirksamts Friedrichshain sein müssen. Aber auch in der Unterkunft bei schlechtem Wetter, sowie der Unterbringung der Kleidung und der Geräte mangelt es noch am Nötigsten. Wie wir hören, liegt der Bezirksversammlung Friedrichshain ein Antrag vor, wonach der

Magistrat um die Bewilligung von 70 000 M. zum Ausbau der Unterkunftshalle ersucht wird.

Lange bevor die Schuldeputation und der Magistrat zum zustimmenden Beschluß kamen, lag im Gesundheitsamt Friedrichshain schon ein fester Plan zur Durchführung von Schwimmkursen für die Jugend vor, dessen Ausführung nach Überwindung mancherlei Schwierigkeiten auch im vorigen Jahre gelang. Die Erfolge berechtigten zu den besten Hoffnungen. Jährlich werden nunmehr im Stadthaus an der Schillingstraße 160 Schulschwimmklassen (Jungen und Mädchen) mit rund 4300 Kindern im Schwimmen ausgebildet. Das Durchschnittsergebnis der 10 Übungsstunden ergab hierbei von 100 Kindern 97 Schwimmer. Etwa ein Drittel der Schwimmer erwarb sich sogar das Lebensrettungs- oder Fahrtenchwimmerzeugnis. Auch das ist ein beachtenswertes Ergebnis sozialistischer Kommunalpolitik, das die Eltern am 25. Oktober bei der Wahl nicht vergessen sollten.

### Die Stadtverordneten-Kandidaten.

Am gestrigen Montag endete die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge zu den am 25. Oktober zu vollziehenden Stadtverordnetenwahlen. In der alten Stadtverordnetenversammlung sitzen Vertreter von zehn Parteigruppierungen, um die Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung aber bewerben sich nicht weniger als 18 Gruppen. Neu sind hinzugekommen unter anderem eine Beamtengruppe, eine Mieterpartei, eine Aufwertungsgruppe usw., so daß es an Gelegenheit zur Stimmentzettelung nicht fehlen wird.

An der Spitze der Stadtwahlvorschläge der größeren Parteien stehen: bei der Sozialdemokratischen Partei Genosse Hugo Heimann, bei der Kommunistischen Partei Pantanogelsteller Leh, bei dem aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übrig gebliebenen Zwergegebilde Fürsorgebeamten Wichmann, bei der Demokratischen Partei Kommerzienrat Bamberg, bei der Zentrumspartei Pfarrer Salzhaber, bei der Wirtschaftspartei Syndikus Müller-Franken, bei der Deutschen Volkspartei Oberverwaltungsgerichtsrat von Egnern, bei der Deutschnationalen Volkspartei Justizrat Lüdicke, bei der Deutschsozialistischen Freiheitspartei Professor Danke, bei der Deutschsozialen Partei Richard Runge.

Wir haben heute die Ehre, den Spitzenkandidaten der Deutschnationalen unsern Besten vorzustellen.



Justizrat Lüdicke

Spitzenkandidat der Deutschnationalen Volkspartei.

### Wem trifft die Schuld?

#### Der Kassenraub im Bezirksamt Tempelhof.

Der aufsehenerregende Einbruch im Bezirksamt Tempelhof, bei dem das Bezirksamt um hiermit die Stadt Berlin um 310 000 M. Reich geschädigt wurden, harri noch der Aufklärung. Zu der Frage, wem die Schuld trifft, daß der Raubzug möglich wurde und glücken konnte, schreibt man uns:

Der Diebstahl von 310 000 M. im Bezirksamt Tempelhof nötigt doch zu der Frage, ob von den verantwortlichen Personen alles getan wurde, um den Diebstahl unmöglich zu machen. Muß solche Riesensumme überhaupt in der Nacht dort liegen, können die Gehälter nicht sofort ausgezahlt werden, sobald das Bezirksamt im Besitz des Geldes ist, und weshalb wählt man nicht, wie schon vor Jahren, den Weg der bargeldlosen Zahlung durch Überweisung der Gelder auf Bankkonten der Beamten? Ist die Unterbringung in einem einzelfestehenden kleinen Landhause mit primitiven Türen und Schließern überhaupt als gesichert anzusehen, selbst wenn sich in diesem Häuschen ein Tresor befindet? Hätte man sich nicht sorgen müssen, daß in einem solchen kleinen, ungenügend bewachten Häuschen die Spitzbuben ganz ungestört arbeiten können? Warum hat man nicht, wie in anderen Betrieben, an solchen Tagen oder Nächten besondere Wachen gestellt? Es war Pflicht des zuständigen Finanzbeamten Dr. Bruns, Wästel und der ihm unterstellten Prüfungsstelle, sich alle diese Fragen vorzulegen und vor allen Dingen für eine genügende Bewachung zu sorgen. Wenn man bei der Unterbringung solcher Riesensumme so wenig Vorlicht wälten läßt, so wird dadurch nur bewiesen, daß den bürgerlichen Ersahleuten für unsere wegen angeblicher „Unfähigkeit“ abgebauten Genossen noch sehr viel zu einem „richtigen Verwaltungsbeamten“ fehlt. Die akademische Bildung und die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei allein machen's auch nicht.

### Aus den Bezirken.

#### Fortschritte im Bezirk Mitte.

Durch das kollegiale Zusammenarbeiten der parteigenösslichen Bezirksamtsmitglieder mit den Bezirksverordneten war es möglich, in der abgelaufenen Legislaturperiode erfolgreiche Arbeit zu leisten. Leider wurde die vor der letzten Wahl bestehende Linksmehrheit der Bezirksversammlung bei der Wahl im Jahre 1921 gebrochen. Trotzdem gelang es uns, in den verschiedensten Angelegenheiten die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrzunehmen. In der Erwerbslosenfürsorge hatten wir den Arbeitlosen durch schnellere Auszahlung der Unterzählungen, bessere Unterkunftsmöglichkeiten, Vermehrung der Zahlstellen usw., trotz der heftigen Widerstände der bürgerlichen Parteien, die am liebsten die ganze Fürsorge aus der Welt geschafft hätten. Bei den Kriegsbeschädigten konnten wir unseren Einfluß durch Bewilligung von Sonderunterstützungen geltend machen. In der allgemeinen Wohlfahrt und Jugendfürsorge wurden auf unsere Anregung erhebliche Mittel in den Etat für Almosenempfänger, Sozial- und Kleinrentner eingesetzt. Hierdurch konnte für das leibliche und geistige Wohl dieser Kernsten besser gesorgt werden. Es wurden Tagesheime eingerichtet, in denen neben der Verabreichung von warmen Speisen und Getränken den Veteranen der Arbeit auch geistige Genüsse geboten wurden in der Gestalt von künstlerischen Veranstaltungen. Für die Erziehung der Jugend konnten wir durch Revivierung von Spielplätzen, Wander- und Ferienfahrten, Schaffung von Badegelegenheiten (Hallenschwimmbad) Erprobung leisten. Schwächliche Kinder wurden verpflegt, besonders gepflegt und kontrolliert. Dem Innefem der Rummelplätze wurde durch Veranstaltung von Kinderfesten gesteuert. Das ganz besondere Interesse unserer Fraktion konzentrierte sich auf die Beschaffung von Wohnräumen. Neben dem Ausbau von verlassenen Wohnungen, welche durch die Interessenlosigkeit der Hausbesitzer rücksichtslos dem Verfall preisgegeben waren, gelang es uns, die Errichtung von Neubauten durchzuführen. In der Neuen Königstraße wurde das Ordmannshaus für Wohnzwecke ausgebaut. In der Garten- und Gormannstraße werden Neubauten errichtet. Dadurch werden 122 Wohnungen mit rund 300 Räumen geschaffen. Die Wiederherstellung der durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre vernachlässigten Straßen und Plätze, die besonders in den Arbeiterquartieren einen wenig erfreulichen Anblick boten, hat unsere Fraktion stets gefördert. Neben all diesem konnten wir auch eine Anzahl Anträge spezieller Natur, wie z. B. einen gegen den Straßenhandel gerichteten Antrag abwehren. Auch Anträge für die Verbesserung der Säuglings- und Zahnpflege gelang es uns in die Tat umzusetzen.

So hat sich unsere Bezirksverordnetenfraktion immer und zu jeder Stunde davon leisten lassen, zu helfen, wo es am dringendsten ist, und die Not der Beschäftigten, der Inaktiven der Arbeit zu lindern. Im Kampfe um den weiteren Ausbau der Fürsorge für alle Bedürftigen werden wir auch im neuen Bezirksparlament unsere ganze Kraft einlegen.

#### 17. Bezirk — Biesdorf.

Als Auftakt der kommenden Wahlkämpfe fand in Biesdorf-Süd eine Wählerversammlung statt, die trotz der schlechten Verkehrsverhältnisse in den östlichen Vororten sehr gut besucht war. Der Redner des Abends war Genosse Adolf Hoffmann. Er führte folgendes aus: Im Wahlkampf wird wieder mit den größten Verleumdungen gearbeitet werden. Traurig ist nur, daß ein großer Teil der Wähler immer noch daran glaubt. Gewiß ist noch nicht alles so, wie es sein sollte. Berlin hat von 39 preussischen Großstädten die niedrigsten Steuern, aber damit ist nicht gesagt, daß diese Steuern nicht noch ganz anders verteilt werden könnten. Die Hauszinssteuer wird nur zu einem kleinen Teil zu Wohnungsbauten verwendet, obwohl die Wohnungsnot noch täglich steigt, ist der Wohnungsneubau völlig unzulänglich gewesen. Die geschaffenen Wohnungen kommen für die Masse wegen der hohen Mieten gar nicht in Frage. Der einzige Ausweg ist die Vergesellschaftung des Wohnungswesens. Es könnte noch viel geschaffen werden, wenn die einkommenden Gelder nicht zum großen Teil durch die Verwaltung verschlungen würden und man nicht in vielen Fällen zu bürokratisch vorgegangen würde. Auch das Heimstättenwesen muß gefördert werden. Wir müssen arbeitsfähige Mehrheiten im Stadtparlament und in den Bezirken schaffen, sonst kommen wir auf diesem Gebiete nicht vorwärts. Das aber ist eine Frage der Erziehung der Massen. So wenig die Wahlen an sich Glückseligkeit bedeuten, so viel sind sie wert als Erziehungsmittel, um die Menge zum Klassenbewußtsein zu bringen. Da müssen alle Männer und Frauen, die unserer Meinung sind, auf dem Posten sein. In der freien Aussprache ergänzten einige Genossen den Redner in seinen Ausführungen. Vor allem wurde verlangt, daß in Zukunft die Wünsche der Bevölkerung in den östlichen Vororten mehr berücksichtigt werden. Dann erhielt der Redner das Schlusswort, in dem er sich noch mit dem Zwischenrufe antwortender Kommunisten, die sich in der Diskussion nicht zum Wort gemeldet hatten, auseinandersetzte. Die Versammlung kann als ein gutes Zeichen für die nun beginnenden Wahlkämpfe angesehen werden.

**Besuchsziele der Staatlichen Museen.** Das Alte und das Neue Museum, das Kaiser-Friedrich-Museum, die Sammlung für deutsche Volkskunde, Zeughaus, Schlossmuseum und Museum Brinckmannstraße 7 sind vom 1. Oktober bis 31. März von 9 bis 3 Uhr für den Besuch des Publikums geöffnet (im April/September von 10 bis 4 Uhr). Das Museum für Völkertunde, das zurzeit wegen Umzugsarbeiten geschlossen ist, wird nach deren Beendigung wie die oben genannten Museen geöffnet sein.

**Jubiläum.** Am 6. Oktober feiert das Ehepaar Emil Görlich, Stallher Straße 54, das Fest der goldenen Hochzeit.

**Wetter für Berlin und Umgegend.** Weiterhin sehr kühl und unbeständig mit einzelnen leichten Nebeln. Später zeitweise aufklarend. — Für Deutschland. Im Süden vielach leichte Regenfälle.

## Ererschöpfte Nerven, ihre Kräftigung und Wiederaufrichtung

Für alle Vorgänge und alles harmonische Zusammenarbeiten der Organe im menschlichen Körper sind die Nerven von der allergrößten Bedeutung. Arbeit wie Gemüß, die doch beide das Menschensein regieren und gestalten, verlangen Kraft und Leistung der Nerven. Frische des Geistes und des Körpers, Wohlbedinden und Leistungsfähigkeit, ein frohes Gemüß, selbst ein guter Appetit — das alles sind Folge und Reueherung wahrhaft gesunder Nerven. Ihre Gesundheit ober hängt eng zusammen mit der Ernährung des Körpers. Nervengesundheit ist letzten Endes die Lösung eines Ernährungsgeheimnisses.

Quälende Sorgen, körperliche und geistige Heberanstrengung, Schlaflosigkeit und manch anderer Kummer des irdischen Lebens reizen und erschöpfen die Nerven vor der Zeit. Nervöse Beschwerden aller Art stellen sich ein. Mattigkeitsgefühl, Arbeitsunlust, Aufgereiztheit und Reizbarkeit, Appetitlosigkeit, Verdauungsstörungen und dergleichen folgen sich und wechseln sich ab. Bald macht sich ihr

### verändernder Einfluß auf das Neuhäre geltend.

Das Gesicht erhält eine nervöse Prägung, leidende Züge, den Ausdruck des Bequältheins, die unvermeidlichen vorzeitigen Alterserscheinungen. Will man nun etwas Energetisches tun, dann sollte man mit einer Nerven-Nähr- und Auffrischungsmethode ganze Arbeit

machen, und das geschieht durch richtige Verwendung von

### Biomalz mit Lecithin.

einer Nerven-Nahrung von denkbar größter Vollkommenheit. Biomalz mit Lecithin ist durch deutsches Reichspatent geistlich geschützt, und seine Erfindung ermöglicht die völlige Aufnahme des Lecithinstoffes in die Säfte, die die Nerven ernähren, zu gleicher Zeit mit dem Einsetzen der kräftigenden Wirkung des Biomaltes auf den gesamten Körper. Biomalz mit Lecithin ist in langen Stoffwechselversuchen in der chemischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses sorgfältig untersucht und hat sich mehrere Jahre hindurch in der ärztlichen Praxis bewährt. Es hat seine Feuerprobe in jeder Prüfung überstanden und ist wissenschaftlich un-

anfechtbar. Es ist reiflich verdaulich. Das steigende Kraftgefühl, das frischere Aussehen, die

### Anzeichen der Verjüngung

legen Zeugnis davon ab, wie tiefgreifend der Nervennährstoff auf das Wohlbedinden des ganzen Körpers zu wirken vermag.

Preis einer Dose Biomalz 1,90 M., mit Lecithin 5,— M., mit Eisen (zur Stärkung für Blutarmer und Bleichsüchtige) 2,50 M., mit Kalk extra (zur Stärkung für Lungenleidende) 2,50 M. Neu: Biomalz-Schokolade je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. und Biomalz-Bonbons, bestes Veränderungsmittel bei Husten und Heiserkeit, vorzüglicher Geschmack, je Tafel 30 Pf. Druckkosten kostenfrei von Gebrüder Patemann, Teltow-Berlin 10.





# Kund um den Preisabbau.

## Worte der Reichsregierung. — Taten der industriellen Nebenregierung.

Am 30. September waren Vertreter des Zentralverbandes durch sämtliche dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine an der Deutschen Konsumvereine vor den Kanzler des Deutschen Reiches geladen, um die eindringliche Mahnung entgegenzunehmen, sie sollten sich Hannemanns berühmt gewordene stärkere Stiefel anziehen und mit dem Preisabbau vorangehen. Der Zentralverband hatte dabei Gelegenheit, die von ihm selbst zur Preisermäßigung getroffenen Versuche darzulegen und gegen unsachliche Angriffe vorzugehen. Trotzdem wandte er sich sofort mit einem Rundschreiben an die angeschlossenen Genossenschaftsorganisationen, in dem er den Verlauf der Sitzung schilderte und an seine Mitglieder folgenden Appell richtete:

„Obgleich es bei den Konsumvereinen selbstverständlich ist, daß sie eine sparsamste Kalkulation vornehmen, bitten wir hierdurch sämtliche dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossene Genossenschaften, den Abmachungen mit der Regierung gemäß, ihre Verkaufspreise unter sparsamster Kalkulation festzusetzen und hierdurch, was ja der Natur der Sache nach in dem Ausdruck Kalkulation liegt, die Ermäßigung der Umsatzsteuer um 1/2 Proz. und die von der Reichsbahn vorzunehmende Frachtminderung von 10 Proz. auf verschiedene Artikel auf jeden Fall zu berücksichtigen.“

### Konsumvereine dürfen keine billige Kohle liefern.

Nun schwebt seit längerem ein Streit zwischen den Genossenschaften und dem Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikat. Der Streit, über den unsere Leser unterrichtet sind, geht darum, daß die Kohlenhändler den Genossenschaften es unterlagen, ihre Kohle unter den Kartellpreisen der Händlervereinigungen zu verkaufen. Die Genossenschaften sind mit Recht empört über die hohen Handelszuschläge, die man ihnen vorschreiben wollte. Da aber das Braunkohlensyndikat sofort die Lieferungsperre verhängte, blieb ihnen schließlich nichts anderes übrig, als sich an den Reichswirtschaftsminister selbst zu wenden, der in der Öffentlichkeit beruhigende Erklärungen verbreiten ließ. Gleichzeitig wandte man sich an die Kartellstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, und auch das mit gutem Grund. Denn einmal hat der Reichsverband vor aller Öffentlichkeit erklärt, daß er die Preisabbauaktion unterstützen wolle. Er hatte demnach die Pflicht, die bei Braunkohle und bei den Breitsen durchaus mögliche Preisermäßigung zu fördern und das Syndikat zur Ordnung zu rufen, das zum Schaden der Verbraucher die hohen Händlergewinne garantiert. Dann aber hatte sich die Kartellstelle des Reichsverbandes für eine gesunde Kartellpolitik eingesetzt. Eine Kartellpolitik, die unendliche Händlergewinne auf Kosten der Verbraucher und der Produzenten verteidigt, kann man nun wohl nicht gerade als gesund bezeichnen. Man mußte also annehmen, daß die Kartellstelle des angeblich so preisabbaufröhlichen Reichsverbandes der Deutschen Industrie die Gelegenheit, ihre Kunst zu zeigen, mit Begeisterung aufgreifen würde.

### Der Reichsverband streift.

Weit gefehlt! In demselben 30. September, an dem der Reichskanzler den Preisabbau von den Genossenschaften forderte, schrieb der Reichsverband an den Zentralverband deutscher Konsumvereine folgenden Brief:

„Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 24. August. Wir haben uns dieserhalb mit dem Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat in Verbindung gesetzt, von dem uns unter dem heutigen Tage folgendes Antwortschreiben zugeht:

Zu unserem Bedauern ist es uns erst heute möglich, auf Ihr Schreiben vom 29. vorigen Monats zurückzukommen. (1) Aus den uns übermittelten Anlagen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Hamburg, ist eine Tendenz ersichtlich, die uns vollkommen fernliegt. Wir haben uns allerdings zu der Maßnahme entschlossen, den Handel, auf den die Produktion heute mehr denn je in gewissem Umfange angewiesen ist, zu schützen, und zwar in der Form, daß wir an Orten mit anerkannten Händlervereinigungen die von diesen festgesetzten Preise, sofern sie unsere Zustimmung erhalten haben, als für den Platz maßgebend erachten und sämtliche ortsansässigen Kohlenhändler sowie Genossenschaften und Konsumvereine verpflichtet sind, diese Preise einzuhalten. Es ist ohne weiteres klar, daß Konsumvereine, die bei weitem nicht die Umkosten, Abgaben an Steuern usw. haben, wie sie für Kohlenhändler in Frage kommen, an ihre Mitglieder zu geringeren Preisen liefern können. Es liegt uns jedoch daran, den Kohlenmarkt auch im Kleinhandel zu beruhigen und von Angeboten wilder Händler, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit besonders groß geworden sind, zu bereinigen. Wir haben Genossenschaften gegenüber immer wieder auf ihre Vorbildungen hin erklärt, daß wir ohne weiteres damit einverstanden sind, wenn sie ihren Mitgliedern die durch etwas höhere Preise erzielten Gewinne in Form von Rückvergütungen wieder zugute kommen lassen. Gegen diese unsere Stellungnahme ist auch seitens des Reichskohlensyndikats sowie des Reichswirtschaftsministeriums, mit dem wir Gelegenheit hatten, gerade in letzter Zeit Rücksprache zu nehmen, keinerlei Einwendungen erhoben worden. Wir haben unsere Schutzbestimmungen dem Handel gegenüber jetzt noch weitergehend dahin ergänzt, daß wir sämtliche Händlervereinigungen anweisen, erneut in eine Prüfung ihrer Kalkulation einzutreten und mit allen Mitteln danach zu streben, eine möglichst ausreichende Herabsetzung der Kleinverkaufspreise zu erzielen. Wir werden jetzt in eine Prüfung der Kalkulation einzutreten und mit allen Mitteln danach zu streben, eine möglichst ausreichende Herabsetzung der Kleinverkaufspreise zu erzielen. Wir werden jetzt in eine Prüfung der Kalkulation einzutreten und mit allen Mitteln danach zu streben, eine möglichst ausreichende Herabsetzung der Kleinverkaufspreise zu erzielen.“

Wir stellen Ihnen anheim, uns sachliche Momente mitzutellen, die gegen die Preisabkalkulation irgendeiner Händlervereinigung sprechen.“

31 Tage brauchte das Braunkohlensyndikat zu dieser Antwort, die in ihrem Inhalt genau das Gegenteil dessen besagt,

was dem Zentralverband und unserer Redaktion vom Reichswirtschaftsministerium versichert wurde. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat legt es darauf an, die Konsumvereine zu Heisern einer nach ihrer Auffassung verbraucherfeindlichen Kartellpolitik zu machen, während es dem Reichswirtschaftsminister gegenüber erklärt hat, gegen niedrigere Preise der Genossenschaften sei nichts einzuwenden. Die Grundlagen der Kalkulation liegen seit langem beim Reichswirtschaftsminister, sie sind ferner in der Genossenschaftspresse und teilweise auch bei uns dargelegt und kritisiert worden. Wenn der Reichsverband sie nun erst bei dem Zentralverband anfordert, so kann das nur den Sinn haben, die Händler in der Zeit der Eindeckung des Winterbedarfs weiter zu schächten und den möglichen Preisabbau zu verhindern!

So sieht das Wort aus, das der Reichsverband dem Reichskanzler gab: wenn die Preise erhöht werden sollen, ist man der Reichsverband für Preisabbau. Wenn man gemäß dem gegebenen Versprechen die Preise senken soll, ist man der Reichsverband für Wuchererschau. Aber schließlich müssen ja diese Herren wissen, was sie ihrer Regierung zumuten können. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat sich mit einem energischen Brief an den Reichskanzler und an den Reichswirtschaftsminister gewandt, um eine Klarstellung herbeizuführen. Er hat die Reichsbehörden auf die zwiespältige Haltung des Syndikats hingewiesen und das Recht zu dem Preisabbau gefordert, den man von ihm verlangt!

Wir sind gespannt, was die Behörden auf diese selbstverständliche Forderung hin tun werden. Die Mühe, noch weiter vom Preisabbau zu reden, können sie sich ersparen. Aber vielleicht versucht man es einmal damit, ein gegebenes Wort zu halten. Das bräuhete doch wenigstens etwas Abwechslung in den ganzen Preisabbaurummel. . . .

### Spartassen und Volkswirtschaft.

Die Kreditpolitik der Spartassen ist seit der Währungsstabilisierung gleichzeitig ein Gegenstand der Sorge und der heftigsten Angriffe der Privatbanken gewesen. Tatsächlich ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die starke Gewährung kurzfristiger Kredite aus den Ersparnissen der Einleger bedenklich. Auf der anderen Seite ist der Konkurrenzneid der Privatbanken angesichts des stark eingeschränkten Geschäfts der Banken begreiflich. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß der schon mehrfach als energischer Anwalt der Spartassen aufgetretene Präsident des Deutschen Spartassen- und Giroverbandes, Dr. Kleiner, gelegentlich des 5. Verbandstages der hiesigen Spartassen die Atmosphäre gereinigt und in grundsätzlichen Ausführungen die Stellung der Spartassen- und Giroverbände in der Volkswirtschaft und gegenüber den Privatbanken abgegrenzt hat.

Man gewinnt aus der Rede Dr. Kleiners den deutlichen Eindruck, daß die Spartassenverbände durchaus der Verantwortung bewußt sind, die volkswirtschaftlich und gegenüber den Sparern auf ihnen lastet. Dr. Kleiner hob scharf die Tatsache hervor, daß die Betätigung der Spartassen auf dem Gebiet der privaten Kreditgewährung ebenso wesentlich vorübergehender Natur, als durch die Verhältnisse nach der Stabilisierung erzwungen worden seien. Noch heute stellen die Spartasseneinlagen zum größten Teil Wirtschaftsgelder dar und seien keineswegs, was uns sehr beachtlich erscheint, als eigentliche Sparkapitalbildung zu betrachten. Dieser Charakter der Einlagen mache jede langfristige Anlage zum großen Teil unmöglich. Erfolgt sie dennoch und vernachlässigten die Spartassen die Vorbehalte für ihre Flüssigkeit für den Fall des Wiederbruchs der Welt, so müßte ihnen mit Recht der schwere Vorwurf einer falschen Anlagepolitik gemacht werden. Auf der anderen Seite habe bisher auch keine Möglichkeit bestanden, für die tatsächlichen Sparkapitale eine sichere langfristige Anlage zu beschaffen, da (neben dem Fehlen von Gold-Staatspapieren) erst in jüngster Zeit die Aufwertungsfrage endgültig gelöst worden sei, so daß das Hypothekengeschäft erst jetzt wieder in härterer Weise in Frage kommen könne. So erklärte sich die bisherige Politik der Spartassen vollständig aus der Zwangslage, in die sie durch die Vernichtung des öffentlichen Kredits und durch die Notwendigkeit, die ihnen zuzuführenden Gelder nach ihrer Eigenart zu verwalten, gekommen waren.

Soweit nun Kredite gewährt worden seien, seien sie an diejenigen Kreise geflossen, die die Einleger der Spartassen sind: Kleingewerbe, Handwerker, selbständiger Mittelstand. Industriekredite größeren Umfangs gehörten nach wie vor nicht zu dem Kreis an Geschäften, um die sich die Spartassen bemühen. Selbst bei diesen kurzfristigen Krediten seien aber 83 bis 70 Proz. Deckung gegen Verpfändung von Grundbesitz verlangt worden. Sobald es möglich sei, könne für einen Teil dieser Kredite die Umwandlung in Hypotheken erwogen werden.

Nicht von den Spartassen hänge es ab, wieviel Prozent der Spartasseneinlagen langfristig angelegt werden können. Das bestimme die Entwicklung der Wirtschafts-, Kapitalmarkts- und Rechtsverhältnisse. Die Spartassen hätten nach diesen zu entscheiden und zu prüfen, welcher Prozentsatz der Einlagen überhaupt langfristig anzulegen sei. Die 5000 Nebenstellen, die geschaffen worden seien, dienten nicht dem Kreditgeschäft, sondern ausschließlich dem Einlagengeschäft.

Diese Rechtfertigung der Politik der Spartassen, die gegenüber den Angriffen der Privatbanken eine erfreulich klare Linie trägt, ohne die volkswirtschaftliche Sendung der Spartassen einen Augenblick zu verkennen, wurde durch eine deutliche Umreißung der Stellung der Girozentralen ergänzt.

Die Forderung, die Girozentralen sollten auf den Privatkredit gänzlich verzichten, gehe zweifellos zu weit. Vier Fünftel der von ihnen verwalteten Gelder stammten aus der Privatwirtschaft. Diese Gelder müßten der Privatwirtschaft wieder zufließen, und es könne sich nur darum handeln, ob die Girozentralen die Gelder direkt oder indirekt (d. h. über die Banken) an die Kredit-

nehmer gelangen lassen sollen. Das Recht zur direkten Übermittlung könne den Girozentralen nicht abgesprochen werden. Die Sparkassen seien aber bereit, den Banken unter Mitwirkung der Reichsbank einen Teil der Mittel zuzuführen, um deren Kreditkraft zu stärken. Die Bedingung dafür sei aber, daß die Reichsbank als Gegenleistung den Girozentralen eine erhöhte Diskontbereitschaft zusichere. Für die Sparkassen und Girozentralen sei neben den Banken Platz, entsprechend ihrer besonderen Aufgabe, durch Pflege des Kommunal- und Mittelstandskredits eine fühlbare Lücke auszufüllen.

### Die Sanierung des Stumm-Konzerns.

Zu den über die Sanierung des Stumm-Konzerns gepflogenen Verhandlungen liegt folgende letzte Nachricht vor: Die seit längerer Zeit zwischen der Verwaltung der Gebrüder Stumm m. b. H., der Reichsbank und einigen dem Konzern nahestehenden Banken geführten Verhandlungen haben nach eingehender Prüfung ergeben, daß der Status des gesamten Konzerns akzeptabel ist, die Schulden nur durch die Kurzfristigkeit der Kredite Anlaß zur Neuordnung der Verhältnisse gegeben haben. Der hierfür erforderliche Kredit ist bankseitig zur Verfügung gestellt worden, wobei davon ausgegangen wird, daß die schon bisher an der Finanzierung des Konzerns und der Tochtergesellschaften beteiligten Banken und Bankiers die gewährten Kredite prolongieren. Nach dieser Richtung hin hat eine Reihe der führenden Banken bereits Zusagen gemacht. Wir werden auf die Verhältnisse im Stumm-Konzern zurückkommen.

**Hartung A.-G., Berliner Eisengießerei und Gußstahlfabrik Lichtenberg.** Die Abschlussbilanz der alten Fabrik in Lichtenberg wirkt nicht günstig, obwohl für 1924 6 Proz. Dividende verteilt werden. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß die Dividende mit Rücksicht auf die beabsichtigte Kapitalverdoppelung (auf 3 Millionen) ausgeschüttet worden ist, um ihr eine bessere Begründung zu geben als der Bilanzstatus es vermöchte. Die Bilanz ist aufrichtig. In der Goldbilanz standen die Maschinen mit 1 M. zu Buch. Der Zugang von 201 398 M. dürfte wenigstens zum größten Teile ein buchmäßiger und durch Auflösung der in den Maschinen liegenden stillen Reserve, die nach dem Status aber kaum echt ist, erzielt sein. Das Ungünstige der Bilanz liegt in dem Mißverhältnis der Schulden (1,7 Millionen, darunter 0,6 Millionen langfristige Darlehen) zu den Forderungen und Bankguthaben (0,9 Mill.). So muß man annehmen, daß die kürzlich beschlossene Kapitalverdoppelung nicht nur der Ausdehnung der Produktion (nach dem Geschäftsbericht insbesondere landwirtschaftliche Maschinen), sondern auch der Abtragung von Krediten dient, die erhebliche Zinsen verschlingen. Die Gewinn- und Verlustrechnung läßt einen Zinsaufwand erkennen, der fast ebenso hoch ist (es wird aber nur über die Steuer- und Soziallasten geklagt!) wie die gezahlten Steuern. Daß die Hartung A.-G., die wie alle Eisengießereien und Gußstahlwerke Berlins immer schon einen ziemlich harten Stand hatte, wieder wie 1912 und 1918 in ernstliche Verlegenheiten kommen wird, braucht man wohl aber nicht zu erwarten. Daß sie sich auf landwirtschaftliche Maschinen eingestellt hat, die durch die preußischen Rekonstruktionkredite und den russischen Markt guten Absatz erwarten dürfen, ist ein günstiges Moment.

**Erfolge eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens.** Die Hamburgische Elektrizitätswerke A.-G., die den gesamten hamburgischen Staat und weitere angrenzende Gebiete mit Kraft versorgen, verzeichnen für das Stabilisierungsjahr 1924 einen großen Erfolg. Gegenüber dem Infationsjahr 1923 brachte das erste Stabilisierungsjahr eine Steigerung des Stromabfahres um fast 50 Proz. (195 gegen 133 Mill. kWh.). Weit aus der stärksten Abnehmer war die Industrie (123 von 194 Mill.), die Steigerung der Stromabnahme durch sie von 87 auf 123 Millionen beweist, wie belebend die Stabilisierung der Währung auf die industrielle Technik gewirkt hat. Die Zahl der Elektrizitätszähler stieg von 184 000 auf 174 000. Bei der Preisgestaltung zeigt sich ebenso wie bei den sächsischen Kraftwerken, daß die Abfederung einer Preiserhöhung überflüssig machte, obwohl die Kohlenpreise um 20 Proz., Erneuerungen und Reparaturen um 60 Proz. teurer kommen als damals und obwohl die Abgaben 10 Proz. des Umsatzes ausmachten (gegenüber 18 Proz. 1914). Die Gewinne zeigen allerdings, daß noch eine Verbilligung des Strompreises möglich und für ein gemischtwirtschaftliches Werk wohl auch zu empfehlen gewesen wäre, denn für die Industrie sind niedrigere Selbstkosten, für den Kleinverbraucher ein geringerer Aufwand an Licht und Kraft die Hauptfläche bei der gegenwärtigen gespannten Wirtschaftslage. Auf das Kapital von 66 Millionen wird nämlich nach Abzug aller Kosten und Abschreibungen ein Reingewinn von 11,29 Millionen ausgewiesen, aus dem 10 Proz. Dividende verteilt und außerdem an den hamburgischen Staat 4,46 Millionen Reingewinnabgabe gezahlt werden. Dieser Gesamtgewinn mit reichlich 16 Proz. ist sehr hoch. Wie gemeldet wird, sollen die Privataktionäre aber noch einen Zuzugewinn erhalten. Man will nämlich die noch bestehenden 5,18 Millionen Vorratsaktien dadurch beseitigen, daß eine bei der Goldumstellung gebildete Sonderreserve von 4,39 Millionen M. aufgelöst und in der Form von Gratisaktien neben der 10prozentigen Dividende an die Aktionäre verteilt wird. Dadurch werden die Vorratsaktien zu ordentlichen Stammaktien. Das bedeutet zwar eine Erhöhung des dividendenberechtigten Kapitals, aber, da gleichzeitig eine Reserve aufgelöst worden ist, eine Wahrung der Vorratsaktienfrage, wie sie ähnlich selten zu beobachten ist.

**Interessengemeinschaft in der Zementindustrie.** Die beiden Konzerne Portland-Zementwerke Heidelberg-Rannheim-Stuttgart A.-G. in Heidelberg und die Widlung Portland-Zement- und Wasserfallwerke in Münster in Westf. haben eine Interessengemeinschaft vorläufig auf 10 Jahre geschlossen mit dem Ziele einer späteren völligen Vereinigung.

**Der Abschlag des Deutschen Kalkulations G. m. b. H.** im September 1925 beträgt 1 011 864 dz Reinkalt. Der Gesamtabschlag der ersten 9 Monate des Jahres beträgt 10 850 458 dz Reinkalt gegen 8 044 688 dz Reinkalt in den ersten 9 Monaten 1924.

Die Friedrich-Krupp-A.-G. hat die ihr gehörige Rede Gesellschaft Norddeutschland an die französische De Wendel-Gruppe verkauft.

**Dixie** **Henkel's Seifenpulver**

Ein Seifenpulver wie es sein soll — fettreich und von höchster Waschkraft. Die große Ergiebigkeit dieses Seifenpulvers sichert sparsamstes Waschen. Für Maschinenwäsche hervorragend geeignet.



## Drei Männer im Flöz . . .

Von Helmuth Rediom.

Zum ersten Male fahre ich morgen ins Steinkohlenbergwerk . . . Aus langen Sehnsüchten um das Geheimnis der modernen Unterwelt ist durch Vermittlung guter Menschen plötzlich verheißende Vorfreude geteilt. . . Morgen! Morgen soll ich unter der düsteren ruhrländischen Kirche, die man oben am farbenprägenden Hochaltar wegen Bergschäden mit ernüchternden Leitergerüsten gestützt hat . . . unter Kappesfeldern und Steinhalden, unter stillen Bergarbeiterkolonien und qualmverdreckten Straßenzügen, da soll ich in 700 Meter Tiefe spazieren gehen. . .

Gestern hat die Zechenverwaltung das Besuchsgeheiß dreier Studenten „mit Bedauern“ abgelehnt. Vorgestern war eine hohe japanische Studienkommission unter. „Wir bekommen Besuch!“ mahnte es würdevoll vom Berggasse bis zum Hauerkumpel. . . Ich lobpreise meine Nichtprominenz. Mein Freund, der Steiger, wird mir das Industriegeheimnis der Kohlengrube ohne Maske und Schminke zeigen. Morgen!

Wir treffen uns am Zechentor.

Auf dem Schemel, neben den Badewannen der Steiger liegt rauhes Gewebe: Der Grubenanzug. Zehn Minuten später steh'n wir im gelenden Rärm des kohlebestäubten Schachtraumes, rechts ein Laternchen, links den Steigerstod, Ledertappe auf den Schädel gepreßt.

Verfluchtes Gedröhn der zusammenschlagenden Kohlenkarren, der „Hunde“, die unaufhörlich der schwarze Schlund da herauf spuckt! Unaufhörlich 100 Zentner Kohle pro Fördergang! Verfluchtes Eisengebröhl! Die Rätze Kollwihischen Proletarierfische werden lebendig, wenn man die verschmierten Gesichter der Kohlenkarren schaut. . . „Vorsicht — einsteigen!“ Da steh'n wir im Förderkorb, den Fuß zum Halt gegen die Schiene gepreßt. Plöbliche Nacht . . . abscheulich albernes Herzgeklopfe . . . erstes, kleines Wunder: Das Lämpchen zur Linken verzaubert sich zur Sekunde in einen getreuen Elterhard. Schweres Schachtgebälz huscht vorüber, Wind rauscht — verstummt ist das gelend-massive Eisengebröhl der „Hunde“.

Wir sinken . . .

Seltames Gefühl — so geschwinde und so nachtschweigend in die Grube zu fahren. . . „Wenn aber das Seil reißt —“ — kindischer Egoismusgebanke! Wie in einem Eisenbahntunnel blinken manchmal elektrische Lichterchen auf: erste, zweite — fünfte — siebente Sohle. Das heißt: siebenhundert Meter Tiefe. Fast zärtlich behutjam sieht der Korb still.

Borbei das Weihegefühl der Seilsfahrt. . .

Das zwanzigste Jahrhundert begrüßt dich in 700 Meter Tiefe wieder mit gelend-massivem Förderkarrenlärm und Rätze-Kollwih-Geschlechtern und dicken Entwässerungs- und Lüftungsrohren und elektrischen Birnen.

In die harrende Nacht aber schallt herzlich gemeint und traditionell ein letzter, ach, so verloren-romantischer Arbeitergruß, der alte Bergmannsruß: „Glückauf!“

Das war unten am Förderstoch. Aber nur am Förderstoch, da — wo die gute Feitkoble aus allen Windrichtungen gesammelt wird und wo jeder Fördergang einhundert Zentner nach oben dreht.

Einen Steinwurf weiter segnest du dein Lämpchen, wenn du mitten in der pechschwarzen Förderstrecke zwischen der Fahrbahn stehst. All da begann für mich das „Tebeum in der Tiefe“ Wirklichkeit zu werden, das eine Poetennatur unter den Bergknappen — der Arbeiterdichter Otto Wohlgenuth — so begann:

„Und ich sah, — als ich wanderte unter der Erde, sah, wie: Vogel singt dort abends im Loubgeäst, hergetrieft unter den Städen der Menschen, wo die Fabelnacht weisagt von den ewigen Dingen.“

Wie freundlich zumutend mein Lämpchen brennt . . . dieses kleine, faubergeputzte Messinggebilde mit der elektrischen Birne und dem Glasröhre darüber. . . Wie ein Traumwandler trotte ich gebückt durch diese Irrgänge, Schweiß durchnäht das Hemd und ich höre, daß der Bergmann: so naturliebend „Tau“ für das harte Wort einsetzt. . .

Der stramme Steiger leucht. Ist ein umgänglicher Fünfundvierziger und verleugnet in seinem Vortrag nie ganz die polternde Artilleriewachmeistervergangenheit. So trotten wir redend durch ein Labyrinth von Gängen und Fahrstrecken und Leiterstücken. Ueberall aber droht die todheißende Schiffsalsausf uergründeter Naturgewalten. Sieh dort . . . — dort stügte der Bergmann mit einer Eisenbahnschiene die feuchte Felswand der Decke. Erprobtes Stahl ward in den drängenden, weltersperrigen Berg gestemmt! Aber zu seiner Zeit trogte der Berg! Ein ohnmächtig geborsten Streichholz ward die dicke Stahlschiene der preußischen Staatseisenbahn in siebenhundert Meter Erdtiefe und todrohend und kalt schimmerte der silberne Metallbruch in die dumpfe Nacht. . .

Beharrlich aber widertrifft der unberechenbare Mensch. Mensch und Natur und Natur und Mensch geben hier ein Reliefdetail im Siegespiel der Kräfte.

Trotzdem der Steiger dienstfrei ist — er führt mich anerkennenswert in seiner Freizeit — holt er einen frischen Stützbalcken und vermerkt den Fall.

In meine Gedanken aber grinst unentwegt die gebrochene Stahlschiene — das Tebeum in der Tiefe musiziert schwellend mit schweren Unheilsakkorden. . . Nur hin und wieder scheinen warme Telle zu klingen. Das ist, wenn wir an einzelnen Menschlein vorüberstampfen. . .

„Glückauf — Glückauf!“ wärmen die Telle. . .

Vor einem extra engen schwarzen Loch lächelt der Steiger. „Sie wollten doch nichts Beschwertes sehen . . . bitte schön . . .!“ Und er macht eine einladende Bewegung zu dem extra engen, schwarzen Loch und schnallt sich Anieschüler um. „Höhe 30 bis 50, Breite 45 Zentimeter. Bitte schön!“

Auf dem Bauche rutschen wir vorwärts. In der Linken schurrt das Lämpchen über das scharfe Geröll, in der Rechten der Stod. Urplötzlich zuckt Zolas „Germinal“ schauerlich wimmernd durchs Hirn. Ellbogen und Anieschleiben schmerzen. Vorwärts! Vorwärts für sechzig Meter Bauerschulch! Was Anieschleiben und Ellbogen-schmerz, was Rückenschmerz und Atemnot, was Schweiß und Sennenschnüch, was Politik und Lebenszweck. . . „Vorwärts!“ donnert eine ungeprochene Parole. Nur nicht klamiert!

Endlich stoppt der Steiger. Drei Glühwürmchen scheinen plötzlich zärtlich und versöhnlich zu leuchten. . . O, trauriges Trugspiel. . . Nur um zehn Zentimeter erhöht sich das Flöz und aus den Glühwürmchen werden Grubenlämpchen und in ihrem dünnen Licht glänzen ganz hinten an einer klobigen Kohlenader drei halbnaakte, bleiche und schweißbeperlte Arbeiterleiber an der Schwemmaschine. . .

Drei Mann im Flöz. . .!

Das Tebeum in der Tiefe wuchert in Fortissimo! Nur eine Orgel vermag in Bachschen Fugen zu vermitteln, was ich in diesen unterirdischen Minuten erschütternd empfand. . .

Zwei Wochen später krank ich goldenen Sonnenschein an der deutschen Rose.

Der weinselige Fluß schimmerte zartgrün und die gepflegten Rebenhügel redeten eine optimistische Lyrik. Gegen Abend führte mich der Freund durch den Winger und zeigte mir den roten Schiefer, den man dortzufande als Weindüngung streut.

Ein hiedermeierlicher Stich meiner graphischen Mappe daheim gewann mit einem Male farbige Leben.

Dem vor uns stand mit väterlicher Gebärde ein alter Winger in seinen Reben und band mit Paß und Ruhe und Andacht die

## Die Ohrseige aus Locarno.



„Au verflucht! — Na, dem wird aber die Hand weh tun!“

Kanten des Weinstocks, trat einen Schritt zum Gemäuer, goß Flußdeswein in sein Glas, labte sich und band weiter mit Paß und Ruhe und Andacht.

Ich genoh dieses Bild.

Aber plötzlich schleht ein Bliz — ein Gewitter in meine Gedanken und in die heitere Roselandschaft: Das schwarze Bergwerk meldet sich. . .

Der dumpfe Schacht gähnt wild. . . Drei Männer im Flöz!!! Und hier — unter lichtblauem Aetherdom. Der freundliche Alte im Winger. . .

In meiner kleinen, Erinnerungen wachenden Steinsammlung — die ich aus ganz eigenen Resseeindrücken sorglich-feierabendlich zusammentrug — da liegt seit einigen Tagen neben dem roten Roselschiefer harmlos ein kleines Stückchen fettglänzender Ruhrkoble. Beide trug ich heim — aus Grubensinsternis und Roselssonnenschein.

In einer Abendstunde zum Sonntag, da der Regen im Ruhbaum grauschte, da wanderte mein Gedanken ohne biologische Einwände mit den bunten Steinen! Ich erlebte ein Gleichnis. . .

So abgesehen und isoliert wie meine Steine und Erden an sich dort lagen, so abgesehen und isoliert schienen mir die Menschen neben einander zu leben. . .

Drei Mann im Flöz — — und der Alte im Winger. . .

## Fortschritte in der Homöopathie.

Von A. M. Dieckmann.

Bis vor einigen Jahrzehnten noch gab es nur vereinzelt akademisch gebildete Aerzte, die sich in der Praxis mit der Homöopathie beschäftigten. Dem Geiste der wissenschaftlich-medizinischen Schulung widerstrebten besonders die beiden Prinzipien des Begründers dieser Heilmethode, des sächsischen Arztes Hahnemann, nämlich das Ähnlichkeitsgesetz: Similia similibus curantur (Gleiches wird durch Gleiches geheilt), dem auch der Name „Homöopathie“ entnommen ist, und die Lehre von der erhöhten Wirksamkeit der kleinsten Gaben. Gerade diese Sätze aber hat die moderne Wissenschaft im vollsten Maße gerechtfertigt.

Unsere moderne Serumtherapie, deren Erfolge unbestritten sind, ist nichts anderes als eine Anwendung des Ähnlichkeitsgesetzes: Das gleiche Gift, das die Krankheit hervorruft, die Bakterien und ihre Stoffwechselprodukte, heilt auch die Krankheit, wenn es in kleinsten und kleinsten Dosen, dem „Serum“, dem erkrankten Organismus einverleibt wird. Bei Hahnemanns Tode fand man in seinem Nachlaß die Ergebnisse der Nachprüfungen von über 100 Arzneistoffen. Um nur ein Beispiel anzuführen: seit alter Zeit ist Opium als ein Stoff bekannt, der die Darmtätigkeit lähmt, also Verstopfung hervorruft. Die allopathische Medizin benutzt es deshalb, um hartnäckige Durchfallerkrankungen zu heilen. Hahnemann aber beobachtete, daß andererseits Opium in verdünnten Lösungen von 1:1000000 Gramm beim gefunden Menschen umgekehrt wirkt. Die Homöopathie gibt deshalb das starkverdünnte Opium zur Heilung von Verstopfungen. Genau nach demselben Prinzip aber gibt die moderne allopathische Medizin das Gift, das die Tuberkulose hervorruft, in starker Verdünnung, als Tuberkulin, zur Heilung dieser Krankheit.

Anlaß zum zweiten Anstoß gegen die Homöopathie war für die akademische Medizin die Lehre von den Hochpotenzen, d. h., von der Anwendung starker Verdünnungen. Hahnemann selbst lehrte, daß die „stoffliche Wirksamkeit“ eines Medikamentes (wegen welcher es in die Allopathie benutzt wird) aufhören muß, um homöopathisch wirksam zu werden. Hahnemann selbst wußte noch nichts von „Atom- und Molekulareffekt“. Die moderne Wissenschaft

von der Atomforschung hat seine Annahmen glänzend bestätigt. Sie hat exakt mathematisch errechnet, daß die Kräfte, die beim Atom- und Molekularzerfall freierwerden, die der einfachen chemischen Umsetzungen um ein Vielfaches von Millionen übertreffen. Man denke nur an die Heilwirkung der Radiumemanation! Hahnemann selbst lehrte schon, daß die Kraftwirkung der Arzneien mit der Stärke der Verdünnung steigt und nannte deshalb die Verdünnungen „Potenzen“. Lange wurde dieser Gedanke als phantastisch belacht, es gab sogar viele Homöopathen, die in diesem Punkte ihrem Meister die Gefolgschaft verweigerten. In neuerer Zeit haben zwei Greifswalder Pharmakologen, Arndt und Schule, in ihrem „biologischen Grundgesetz“ die Gedanken homöopathischer Arzneiwirkung präzisiert in den Worten: „Kleine Reize fachen die Lebenstätigkeit an, mittelstarke fördern sie, starke hemmen sie, und stärkste heben sie auf.“

Seitdem sich die wissenschaftliche Forschung des Problems der Homöopathie angenommen hat, sind große Fortschritte und eine bedeutende Erweiterung des Tätigkeitsbereiches zu verzeichnen. Hahnemann selbst z. B. verwarf die Zusammenstellung mehrerer Medikamente zu einem Rezept, weniger aus wissenschaftlichen Bedenken als aus gefühlsmäßiger Abneigung gegen alles, was mit allopathischer Heilweise Ähnlichkeit hat. Er arbeitete nur mit „einfachen Stoffen“, denen er bezeichnenderweise nur einen Namen gab, wie z. B. Sulfur, Acetum u. a. In der modernen Homöopathie dagegen ist man zur Anwendung des „Gesetzes von der kumulierenden Arzneiwirkung“ übergegangen. Dieses Gesetz besagt, daß bestimmte Arzneistoffe, mit anderen kombiniert, ihre Wirksamkeit nicht nur in einem einfachen, sondern vielfachen Verhältnis zur Gabe erhöhen. Die Anwendung dieses Gesetzes führte zur sogenannten „Komplex-Homöopathie“. Bekannt geworden sind besonders die Mischungen und Uebersichten Komplexe.

Die medizinische Physiologie hat in neuer Zeit die elektrischen Vorgänge im menschlichen Organismus erforscht. Auch die Homöopathie hat daraus Nutzen gezogen, wenn auch nicht in der Art, die einer exakt wissenschaftlichen Prüfung standhielt, wohlgerneht, heute noch nicht. Sie ist eben die Methode der Erfahrung und der gefühlsmäßigen Einführung in den Krankheitskomplex mehr als ein auf wissenschaftliche Theorie aufbauendes Heilverfahren. Und ein Mann praktischer Erfahrung war der Graf Cesare Mattei aus Bologna, der Begründer der Elektrohomöopathie. Er lebte auf seinen großen Gütern in der Einsamkeit, in der kein Arzt zu erreichen war. Mattei kannte das System Hahnemanns und auch die Lehren des Paracelsus. Die starke Dogmatik Hahnemanns in Bezug auf die Anwendung nur einfacher Mittel sagte ihm nicht zu, und er erweiterte den Ähnlichkeitsatz: „Complexa complexis curantur“ („zusammengesetzte Krankheiten werden durch zusammengesetzte Mittel geheilt“). Da er zugleich auch richtig erkannte, daß eine Krankheit stets einen bestimmten „Komplex“ umfaßt, also nie einfach ist, stellte er seine Heilmittel in besonderer Weise zusammen. Das Studium des Paracelsus, der in der Natur überall die Wirksamkeit lebender und tätiger Kräfte annahm, veranlaßte ihn, dem Gedanken der „Lebenskraft“ eine besondere Bedeutung einzuräumen. Deshalb schied er alle mineralischen Arzneien aus. In der Tat sind ja diese schwer aufnahmefähig und verdaulich. Mattei stellte seine Medikamente nach der spanischen Methode des Paracelsus dar, beachtete aber zugleich die Wechselbeziehungen, die er nach der Lehre von der Lebenskraft zwischen Arznei und Krankheit annahm. Er führte diese auf elektrische Vorgänge in den Nerven- und Gewebekomplexen zurück, zu denen das geeignete Medikament „polar“ gerichtet sein muß, deshalb nannte er seine komplexen Arzneimittel „Polaris“. Die neuesten Ergebnisse moderner Forschung haben die Tatsache bestätigt, daß sowohl in der Pflanze als auch im menschlichen Organismus elektrische Umsetzungen stattfinden. Ja, die Vermutung bedeutender Forscher geht dahin, daß jede Krankheit eine Störung des „elektrischen Potentials“ ist.

Berwarf Graf Mattei die Anwendung mineralischer Stoffe als Arzneimittel, so erkannte umgekehrt der deutsche Arzt Dr. Schüller ihre Bedeutung für die Gesundheit des Organismus. Daß der „Mineralsalzgehalt“ zu Störungen im Befinden führt, hat die Wissenschaft einwandfrei nachgewiesen. Um nur ein bekanntes Beispiel anzuführen: Der Mangel an Kalzium- und Phosphorsalzen ruft Scrofulose und Rachitis (englische Krankheit) hervor. Schüller nennt 12 Mineralsalze „lebensnotwendig“ und bezeichnet deshalb seine Heilmethode als „Biochemie“ (Chemie vom Leben). Auch die Allopathie verordnet bekanntlich Mineralsalze bei bestimmten Erkrankungen. Die Biochemie unterscheidet sich wesentlich von ihr durch die Größe der Gaben. Schüller war nämlich der Meinung, daß die allopathischen Gaben nicht „aufbauend“ wirken können, wegen ihrer Größe, er hielt sie für anreizend und schädlich. Die moderne Reizphysiologie hat diese Ansicht zum Teil gerechtfertigt. Im Organismus sind, mit Ausnahme der Kalzium- und Phosphorsalze, nur ganz geringe Mengen Mineralsalze vorhanden, und doch sind sie lebensnotwendig. Schüller gab daher die „biochemischen Salze“, wie er sie nannte, in homöopathischen Dosen. Leider hielt Schüller, gleich Hahnemann, starr an der Lehre von den Einzelgaben fest. Die Erfolge der Komplexhomöopathie führten dazu, in neuester Zeit die biochemischen Salze auch zu biochemischen Komplexen zusammen zu stellen. Neuerdings wird die Komplexbiochemie gern mit der Komplexhomöopathie kombiniert. Ist doch in der Natur nichts einfach und ohne Wechselwirkung. Allerdings gehört zu der Zusammenstellung geeigneter Medikamente mehr als ein bloßes Wissen um ihre Wirkung, sie verlangt eine triebfröhliche Einführung in die Vorgänge und Beziehungen zwischen Krankheit und Heilung.

Der exakte Wissenschaftler wird sich freilich mit diesen gefühlsmäßigen Methoden schwerlich befreunden können. Und doch sind wir heute im Begriff, von der materialistischen Denkweise in der Medizin abzukommen, die nur experimentell Beweisbares als wahr annehmen will. Das wirkliche Leben beweist uns oft genug, daß geniale Auffassung vorwegnehmen kann, was den Beweis erst später erfährt.

Ein Natursehnsüchtiger in Spanien. Daß auch Spanien einen Natursehnsüchtigen besitzt, dürfte noch wenig bekannt sein. Er liegt allerdings an einer sehr abgelegenen Stelle, und zwar auf der spanischen Seite der Pyrenäen, nahe an der französischen Grenze. Es ist das Tal von Arzas, durch das die Ara von Ordesa fließt (es gibt noch eine andere Ara von Bouchard). Das Gebiet ist unbewohnt und gehört zur Gemeinde Loria, die so reich an Wäldern ist, daß die Bewohner nur die leicht zugänglichen Wälder ausgenutzt haben. Im Arzastale blieb die Natur sich bisher selbst überlassen. Erst in neuester Zeit war infolge des gestiegenen Holzbedarfes und der Ausbeutung der Weidewirtschaft, sowie der Zunahme des Touristenverkehrs auch der Wald in jenem Tal bedroht, und deshalb hat die spanische Regierung vor einigen Jahren das Tal zum Natursehnsüchtigen erklärt. Allerdings konnte man mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse die Schutzvorschriften nicht so streng fassen wie in anderen Ländern. Die Hauptsache ist aber, daß die prächtigen Wälder gerettet sind und die Steinböcke, die letzten überlebenden der Pyrenäen, die sich durch ihre gewundenen Hörner von denen der Alpen unterscheiden und die sich in den letzten Jahren schon erfreulicherweise vermehrt haben.

Radio in Frankreich. Die Telegraphenverwaltung in Frankreich besitzt nur vier Radiostationen: Paris (höchste Schule, Wellenlänge 458 Meter), Lyon-Va-Doua (480 Meter), Marseille (350 Meter) und Toulouse (310 Meter). Die „Nature“ schreibt, es sei unendlich bedauerlich, daß man in einem großen Teil Frankreichs leichter die englischen und die deutschen Sender hören könne als die französischen, und sie hofft, daß das französische Radio im kommenden Winter eine gründliche Verbesserung erfahre.

